

DEUTSCHE UND TÜRKISCHE INTEGRATIONSKONZEPTE IN KOMMUNEN

INTEGRATION ALS GESAMTGESELLSCHAFTLICHER AUFTRAG



DOKUMENTATION N° 154

INHALT

VORWORT

Dr. Gerd Landsberg, Deutscher Städte- und Gemeindebund

3

GRUSSWORT

Serap Güler, Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW

4

EINLEITUNG

Die Kommunen als zentrale Akteure der Flüchtlingsintegration

6

1. BEWÄHRTE PRAKTIKEN DEUTSCHER KOMMUNEN

8

- a. Das Integrationsmanagement der Stadt **Osnabrück** 8
- b. **Saarbrücken** – Von der nachholenden Integration zur Gestaltung von Vielfalt 10
- c. Das **Altena** Konzept – Vom Geflüchteten zum Altenaer Mitbürger 12
- d. Stadt **Neu-Ulm** – Integrationskonzept für die Stadt Neu-Ulm 15
- e. Zusammenleben Hand in Hand in **Schwäbisch Gmünd** 17
- f. Das Integrationskonzept der Landeshauptstadt **Schwerin** (MV) 20

DEUTSCH-TÜRKISCHE ZUSAMMENARBEIT zur Unterstützung von Flüchtlingen und aufnehmenden Gemeinden in der Türkei

23

2. BEWÄHRTE PRAKTIKEN TÜRKISCHER KOMMUNEN

26

- a. Integration der Kommunen und Migranten – Verband der Kommunen in der Türkei (TBB) 26
- b. Hilfe- und Solidaritätsverband für Flüchtlinge und Migranten – **Sultanbeyli** 28
- c. Flüchtlingshilfe in **Mersin** 30
- d. Vielfalt und Teilhabe – Die Integration Geflüchteter im **Istanbuler Stadtbezirk Şişli** 32

SCHLUSSWORT

34

Integration Geflüchteter – eine Herausforderung, zwei Länder, viel Potential

Rubeena Esmail, Landesdirektorin Türkei, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit

IMPRESSUM

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft - Bonn und Eschborn.

Deutsch-Türkisches Austauschprojekt zur Integration von syrischen Flüchtlingen in aufnehmenden Gemeinden

Autoren: Fulden Eskidelvan & Thomas Wiskirchen

GIZ Büro Ankara

Aziye Mh., Pak Sk. No. 1/101 06680, Çankaya/Ankara, Türkiye

Telefon +90 312 466 70 80 · Fax +90 312 467 72 75 · giz-tuerkei@giz.de

www.giz.de/turkey

Herausgeber & Layout: Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB)

Marienstraße 6 · 12207 Berlin · Telefon +49 (0)30 773 07-0 | dstgb@dstgb.de · www.dstgb.de

Redaktion: Marc Elxnat & Birgit Pointinger

Die Inhalte unserer Seiten wurden mit größter Sorgfalt erstellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte in den Darstellungen der einzelnen Kommunen können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Außerdem übernehmen wir trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Titelfoto © GIZ / Education programme for Syrian refugees and host communities (BiSy)



VORWORT DEUTSCHER STÄDTE- UND GEMEINDEBUND

Die Flüchtlingskrise war 2015/2016 das bestimmende Thema. Die Kommunen haben innerhalb kürzester Zeit mit Unterstützung von Bund und Ländern mehr als eine Million Menschen untergebracht. Dies allein war schon eine große Kraftanstrengung. Allerdings ist die Arbeit der Kommunen damit nicht getan. Die Aufnahme und Unterbringung ist nur der erste Schritt der kommunalen Flüchtlings- und Integrationsarbeit.

Zusammen mit vielen ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Organisationen, Unternehmen und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gilt es für die Kommunen die Integration erfolgreich zu gestalten. Dies gelingt vor allem mit viel Initiative und Engagement vor Ort.

Gerade die Vernetzung verschiedener Akteure führt dazu, dass vor der Corona-Krise immerhin 450.000 von 1.700.000 Geflüchteten aus Kriegs- oder Krisengebieten in Deutschland einer Beschäftigung nachgegangen sind. Auf der anderen Seite zeigt dies aber auch, dass Integration kein Sprint, sondern ein Marathon ist. Vor diesem stehen nicht nur die Kommunen in Deutschland, sondern etwa auch die in der Türkei, die in den vergangenen Jahren eine große Zahl an Flüchtlingen aus Syrien aufgenommen haben.

Diese Dokumentation soll zum gegenseitigen Verständnis und dem gegenseitigen Lernen im Hinblick auf die Integrationsbemühungen helfen. Dazu tragen die vielen AutorInnen aus Deutschland und der Türkei mit ihren Erfahrungen bei. Die Beispiele zeigen deutlich, dass Integration nur gelingen kann, wenn staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure gemeinsam das Ziel erfolgreicher und nachhaltiger Integration verfolgen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'G. Landsberg'.

Dr. Gerd Landsberg
Hauptgeschäftsführer Deutscher Städte- und Gemeindebund

GRUSSWORT

Serap Güler

Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW

HUMANITÄRE VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

Flüchtlinge brauchen die Chance auf einen Neuanfang. Praxisbeispiele aus Deutschland und der Türkei

Deutschland und die Türkei haben Verantwortung übernommen. Sie haben Millionen von Schutzsuchenden – die meisten davon aus Syrien – nicht die kalte Schulter gezeigt, sondern ihnen das gegeben, was sie am dringendsten benötigten: Schutz und Sicherheit vor Krieg und Verfolgung. In Deutschland sind die Flüchtlinge entsprechend dem Königsteiner Schlüssel gleichmäßig auf die Bundesländer verteilt worden. Mehr als jeder fünfte Flüchtling fand so in Nordrhein-Westfalen eine neue Heimat. Über ein Verteilungskonzept ähnlicher Art verfügt die Türkei bis heute nicht. Die 3,7 Millionen syrischen Flüchtlinge, die es dort aktuell gibt, leben zu einem großen Teil in den grenznahen Provinzen Şanlıurfa, Gaziantep, Hatay und Kilis, aber natürlich auch in Metropolen wie Istanbul.

Das ist nicht der einzige Unterschied zwischen beiden Ländern. Es gibt zahlreiche! Als unmittelbarer Nachbarstaat Syriens stellten und stellen sich in der Türkei andere Problemlagen als in Deutschland. Dort sind viele Flüchtlinge stärker auf Familienangehörige und Freunde angewiesen, während sie hier – nach anfänglichen Schwierigkeiten – auf eine inzwischen gut funktionierende integrationspolitische Infrastruktur aus staatlichen Einrichtungen, freier Wohlfahrtspflege und privaten Hilfsangeboten treffen.

Bei aller Verschiedenheit verbindet Deutschland und die Türkei die Tatsache, auf eine humanitäre Katastrophe historischen Ausmaßes mit Offenheit und Menschlichkeit reagiert zu haben. Darauf können beide Länder stolz sein und mit ihnen die hunderttausenden Helferinnen und Helfer, die das staatliche Engagement so großartig begleitet haben.

Wir alle wissen: Integration ist kein Prozess, der sich zentral in Berlin, in Düsseldorf oder Ankara steuern lässt. Ohne die enge Zusammenarbeit mit den Kommunen und ohne ihr eigenes Engagement bleibt jede Integrationspolitik Stückwerk. Viele Kommunen sind in den vergangenen Jahren aus eigenem Antrieb aktiv geworden und haben Integrationskonzepte erarbeitet und umgesetzt. Heraus-

ragende Praxisbeispiele zur Integration von Flüchtlingen aus deutschen und türkischen Städten werden in der vorliegenden Veröffentlichung dokumentiert. Mein besonderer Dank an dieser Stelle gilt der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), die im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) seit 2017 das deutsch-türkische Austauschprojekt zur Integration von syrischen Flüchtlingen in aufnehmende Gemeinden organisiert. Im Rahmen des Projekts hat ein intensiver Austausch zwischen den kommunalen Entscheidungsträgern aus Deutschland und der Türkei stattgefunden. Im Juni 2019 konnte ich am Deutsch-Türkischen Migrationsforum, das durch dieses Austauschprojekt initiiert worden ist, teilnehmen und mir einen persönlichen Eindruck von der Arbeit vor Ort verschaffen. Im Anschluss daran habe ich eine türkische Delegation nach Düsseldorf eingeladen und über unsere Programme in Nordrhein-Westfalen zur Integration von Flüchtlingen berichtet. Besonders imponiert hat mir der „pragmatische Optimismus“, mit dem die türkische Seite an diese große Herausforderung geht. Denn fest steht: Ohne pragmatische Lösungen und ohne eine gute Dosis Optimismus werden wir dieser Herausforderung nicht gerecht.

Insgesamt gilt: Wir sind in Nordrhein-Westfalen gut aufgestellt! Mit dem Teilhabe- und Integrationsgesetz von 2012 haben wir unsere Integrationspolitik auf eine neue Stufe gehoben und seitdem Schritt für Schritt ausgebaut:

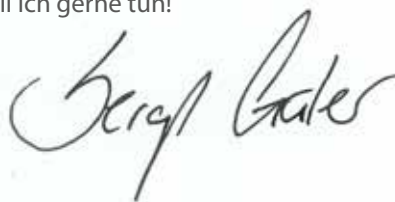
- Heute arbeitet in jeder kreisfreien Stadt und in jedem Kreis ein Kommunales Integrationszentrum (KI), das die Integrationsarbeit vor Ort koordiniert. Die KI sind in ihrer Ausstattung und inhaltlichen Ausrichtung bundesweit einmalig.
- Wir haben das Förderprogramm KOMM-AN NRW, das Kommunen und Ehrenamtliche bei ihren Aktivitäten unterstützt, erweitert und verstetigt.
- Wir werden 2020 das Kommunale Integrationsmanagement flächendeckend einführen, mit dem insbesondere Flüchtlinge oder Zugewanderte mit Einwanderungsgeschichte Zugang zu einem Fallmanagement mit passgenauen Angeboten erhalten, die bisher ein solches Angebot nicht nutzen konnten. Das Kommunale Integrationsmanagement wird fachbereichs- und rechtskreisübergreifend eingerichtet werden.
- 2018 und 2019 hat Nordrhein-Westfalen den Kommunen umfassende Mittel aus der Integrations-

pauschale des Bundes für ihre örtliche Integrationsarbeit zur Verfügung gestellt.

- Unersetzlicher Partner für die Integrationspolitik ist die Freie Wohlfahrtspflege mit landesweit 190 sozialraumorientiert arbeitenden Integrationsagenturen und 13 Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit.
- Ganz besonders wichtig ist uns die Integration der nachfolgenden Generationen. Im Rahmen unserer Initiative „Gemeinsam klappt’s“ werden Flüchtlinge zwischen 18 und 27 Jahren, insbesondere Geduldete und Gestattete, Zugang zu Qualifizierung, Ausbildung und Arbeit bekommen. Die jungen Erwachsenen werden dabei zukünftig von sogenannten Teilhabemanagern vor Ort unterstützt.

Eingebunden sind sämtliche Maßnahmen und Programme in die Teilhabe- und Integrationsstrategie 2030, die von allen Ressorts der Landesregierung getragen wird. Das Teilhabe- und Integrationsgesetz wird zudem einer grundlegenden Novellierung unterzogen, nicht zuletzt, um es an die durch die Fluchtmigration veränderten Gegebenheiten anzupassen.

Ich freue mich, dass diese Dokumentation anhand von ausgewählten Projekten exemplarisch zeigt, was bereits bewegt wurde und wie die Städte vom gegenseitigen Austausch profitieren. Ich würde mich sehr freuen, wenn der kommunale deutsch-türkische (aber nicht nur dieser!) Austausch über die Landesgrenzen hinweg weiter fortgesetzt wird. Was immer ich als Staatssekretärin für Integration dafür tun kann, will ich gerne tun!



© MKFFI/Jakob Studnar

EINLEITUNG

DIE KOMMUNEN ALS ZENTRALE AKTEURE DER FLÜCHTLINGSINTEGRATION

Die Migrations- und Flüchtlingspolitik ist spätestens seit 2015 wieder in den Fokus der öffentlichen und medialen Wahrnehmung gerückt. Dabei gibt es nicht die eine Migrations- und Flüchtlingspolitik. Die politischen Zuständigkeiten mäandern zwischen der europäischen und nationalen Ebene und im Deutschland zudem zwischen Bund und Ländern. Letztendlich liegt die Verantwortung für die Schutzsuchenden aber oft konkret bei Städten und Gemeinden. In Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Initiativen und Kirchen haben die Kommunen in den Jahren 2015 und 2016 mehr als 1 Million geflüchteter Menschen untergebracht. Die Unterbringung stellt jedoch nur einen Bruchteil kommunaler Leistung dar. Wesentlich für eine nachhaltige Flüchtlingspolitik ist vor allem die Frage, wie man die Menschen mit einer guten Bleibeperspektive in die Gesellschaft integriert. Nicht die Urheber zentraler politischer Leitlinien, sondern die Kommunen sehen sich in der Verantwortung, die Integration jedes Einzelnen voranzubringen.

Die Kommunen nehmen bei der Integration zentrale Aufgaben wahr. Zum einen sind sie Gestalter von diversen staatlichen Integrationsleistungen und zum anderen auch Vermittler von Angeboten Dritter. Um passgenaue Leistungen für die Bedürfnisse Geflüchteter zu schaffen und Hürden für den Kontakt zu Arbeitgebern und Bildungseinrichtungen abzubauen, sind die Verantwortlichen in den letzten Jahren vielerorts äußerst kreativ geworden - ob durch Lernwerkstätten, Jobbörsen oder das gegenseitige Kennenlernen in interkulturellen Workshops. So vielfältig wie die Kommunen, sind auch die Herangehensweisen an Integration. Was alle Ansätze gemeinsam haben, sind engagierte Personen in den Verwaltungen und im Ehrenamt sowie die Devise, dass nur wer etwas anfängt, am Ende auch etwas erreichen kann.

Internationaler Austausch für lokale Erfolgsgeschichten – Potentiale des Deutsch-Türkischen Austauschs über die Flüchtlingsintegration

Viele Kommunen haben bereits lange vor den Herausforderungen der aktuellen Fluchtmigration erkannt, dass der überregionale Austausch und das Knüpfen von fachlichen Netzwerken bei der großen Vielfalt an lokalen Maßnahmen und Initiativen lohnt. Seit vielen Jahren sind



© Marco2811 - Fotolia.com

sie in bundesweiten und europäischen Foren zur Integration von Geflüchteten und Migrantinnen und Migranten aktiv und profitieren von dem fruchtbaren Austausch von Erfahrungen und neuen Ideen.

Eher selten ist hingegen der Austausch mit Ländern aktueller Krisenregionen, der einen besonderen Perspektivwechsel bringt. Bestes Beispiel hierfür ist die Türkei als inzwischen größtes Aufnahmeland syrischer Flüchtlinge weltweit. Seit Ausbruch des Bürgerkriegs an seiner Grenze hat die Türkei Millionen Flüchtende aufgenommen. Die Zahl der dort lebenden Syrerinnen und Syrer wird momentan vom UNHCR auf 3.7 Millionen beziffert. Hinzu kommen hunderttausende Geflüchtete aus anderen Ländern wie Afghanistan oder Somalia. Die enormen Herausforderungen dieser Situation zeigen sich besonders in den Städten im Südosten des Landes. In den ersten Jahren des Bürgerkriegs strömten die Menschen aus Syrien zu Hunderttau-

senden hierher und lösten einen humanitären Notstand aus, der mit Unterstützung durch Freiwillige und internationale Hilfsorganisationen bewältigt wurde.

Die zahlenmäßig ungleich größeren Herausforderungen in den Aufnahmegemeinden der Türkei rücken vieles, was die europäischen Staaten in den letzten Jahren bei der Aufnahme von Geflüchteten erlebt haben, in ein neues Licht. Zwar waren vielerorts die Behörden mit der Unterbringung der vielen eintreffenden Menschen über die Balkan-Route überfordert und oft mussten Turnhallen, Container oder andere Notlösungen als erste Unterbringung dienen, jedoch blieb das Verhältnis der Eintreffenden zur einheimischen Bevölkerung und den Kapazitäten der Institutionen in einem überschaubaren Rahmen. Ganz anders in der Türkei. Bestes Beispiel ist die türkische Grenzstadt Kilis, deren Bevölkerung sich seit dem Flüchtlingszuzug verdoppelt und in der inzwischen mehr Syrerinnen und Syrer als türkische Staatsbürger leben. Auch in anderen Städten des Südostens bilden die Geflüchteten nun einen beachtlichen Teil der Stadtbevölkerung. Von solchen Verhältnissen sind die europäischen Aufnahmegemeinden weit entfernt.

Trotz dieser Unterschiede hat der direkte Austausch zwischen türkischen und deutschen Kommunen über die Flüchtlingsintegration aber gezeigt, dass beide Ländern bei der Integration in staatliche Systeme, Arbeitsmarkt und Gesellschaft vor ähnlichen Herausforderungen stehen und bereit sind, von den Lösungsansätzen anderer zu profi-

tieren. Der bilaterale Austausch von Erfahrungen, Ideen und guten Praktiken bringt daher viele nützliche Impulse, die zu neuen lokal wirksamen Maßnahmen weiterentwickelt werden können.

DOKUMENTATION

Innovative Ansätze und Praktiken der lokalen Flüchtlingsintegration in der Türkei und Deutschland

Anhand von Beispielen aus Groß-, Mittel- und Kleinstädten zeigt diese Publikation die Vielfalt kommunaler Integrationskonzepte aus deutschen und türkischen Aufnahmegemeinden auf. Zugleich bietet sie eine Dokumentation des Deutsch-Türkischen Austauschs zur Integration syrischer Flüchtlinge, den die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) seit 2017 im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und in Partnerschaft mit staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen beider Länder organisiert. Auf kommunaler Ebene fanden gemeinsam mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) und dem Türkischen Städtebund (TBB) diverse Austauschformate statt, sowie im Juni 2019 das erste Deutsch-Türkische Migrationsforum in Berlin. Die Fachkonferenz zur lokalen Integration von Geflüchteten, Migrantinnen und Migranten in Deutschland und der Türkei ermöglichte den direkten Austausch zwischen Städten und Gemeinden sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen. Im Herbst 2020 wird das Format in Istanbul fortgesetzt werden.



1. BEWÄHRTE PRAKTIKEN DEUTSCHER KOMMUNEN

A. DAS INTEGRATIONSMANAGEMENT DER STADT OSNABRÜCK

Osnabrück lebt als Friedensstadt den Leitgedanken „Frieden als Aufgabe – dem Frieden verpflichtet“, und ist stolz auf ihre gelebte Vielfalt – Zugewanderte sind seit Jahrzehnten Teil der Bürgerschaft. Anhaltend hohe Wanderungsintensitäten, eine wachsende diverse Gesellschaft aber auch rezente Fluchtbewegungen erfordern jedoch ein neues Denken im Sinne eines ganzheitlichen Integrationsmanagements bei dem Stadtrat, Stadtverwaltung, Bürgergesellschaft und Institutionen eng zusammenarbeiten. Osnabrück hat 2018 als eine von vier Kommunen den Bundeswettbewerb des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat ‚Zusammenleben Hand in Hand - Kommunen gestalten‘ für hervorragende kommunale Aktivitäten zur Integration von Zuwanderern und zur Förderung des Zusammenlebens gewonnen.

Willkommens- und Anerkennungskultur als langfristige Aufgabe

Etwa 30 Prozent der 169.108 Einwohner (Stand 31.12.2018) von Osnabrück hat Wurzeln im Ausland, unter anderem bedingt durch den starken Zustrom geflüchteter Migranten. Dabei steht die Stadt Osnabrück bei der Bereitstellung von kommunalen Dienstleistungen vor der Herausforderung der schwierigen Abstimmung unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher, privatwirtschaftlicher, kommunaler, regionaler und nationaler Akteure mit teils divergierenden administrativen Verantwortungsbereiche.

Vor dem Hintergrund des hohen Anteils von Bevölkerung mit Migrationshintergrund hat die Stadt Osnabrück als eine der ersten Kommunen in Niedersachsen bereits 2014 ein Integrationskonzept beschlossen und später weiterentwickelt und damit die Weichen für gelingende Integration auch in Zeiten des starken Zustroms von Geflüchteten gestellt. Das Integrationskonzept definiert die Kommune als zentralen Ort der Integration: Hier kommen Migrantinnen und Migranten an, finden Unterkunft, lernen die lokale Sprache, gehen einer Beschäftigung nach, knüpfen Freundschaften und bauen eine neue Existenz auf.

Zentrale Ziele des kommunalen Integrationskonzeptes in Osnabrück sind:

- Die Vernetzung kommunaler Ämter und Akteure untereinander;
- Die bedarfsorientierte Ausrichtung des Angebots kommunaler Dienstleistungen für Migrantinnen und

Migranten sowie die Stadtgesellschaft;

- Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten in die Stadtgesellschaft und Stärkung des sozialen Zusammenhalts

AKTIVITÄTEN

INTEGRATION ALS

GESAMTGESELLSCHAFTLICHER AUFTRAG

Um die Versorgung von Geflüchteten zu gewährleisten und die Integration von Migrantinnen und Migranten zu verbessern, hat die Kommune einen Koordinierungstab eingerichtet, welcher unterschiedliche kommunale Akteure vernetzt. Eine bundesweit einmalige „Datenbank Migration“ wurde auf Basis des Geoinformationssystems (GIS) entwickelt, welche eine differenzierte Analyse der Bevölkerungssituation erlaubt. Auch finden Konferenzen und Veranstaltungen statt, in denen relevante öffentliche und private Akteure über Herausforderungen diskutieren und Lösungsoptionen entwickeln. In Zukunftswerkstätten mit Migrantenvereinen werden Zugewanderte dabei intensiv in Fragen der Stadtentwicklung eingebunden. Durch Spendenmittel konnte außerdem ein Finanzfonds für die Umsetzung kleinerer Integrationsprojekte eingerichtet werden. Das kommunale Integrationskonzept basiert zusätzlich auf dem ehrenamtlichen Engagement lokaler Bevölkerungsgruppen. Diese fördern die Integration durch das Angebot von interkulturellen Festen, Sprach- und Integrationskursen und anderen Aktivitäten zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts.

WIRKUNGEN

Das kommunale Handlungskonzepte zur Integration von Geflüchteten und anderen Migrantinnen und Migranten wird im gesamten städtischen Handeln als Pflichtaufgabe aufgefasst, was über die rechtlichen Rahmenbedingungen kommunaler Aufgaben hinausgeht. Durch die zahlreichen kommunalen Aktivitäten konnten lokale und regionale Akteure stärker vernetzt und Dienstleistungen für Zugewanderte verbessert werden. Durch die verbesserte Kommunikationsstruktur innerhalb der Kommunalverwaltung konnten konkrete Maßnahmen umgesetzt werden, welche zum Beispiel den Wohnungsmarkt, den Arbeitsmarkt sowie Bildungsinstitutionen für Geflüchtete zugänglicher machte. Durch den interdisziplinären und partizipativen Handlungsansatz der Stadt Osnabrück

brück konnte somit die Integration Geflüchteter sowie der soziale Zusammenhalt innerhalb der Stadtgesellschaft gestärkt werden.

FAZIT

Die gesamte Stadtgesellschaft auf dem Weg wachsender Diversität mitzunehmen und dabei ihren Zusammenhalt und ihre Demokratiefähigkeit zu erhalten und zu fördern, bleibt eine Langzeitaufgabe in der Friedensstadt Osnabrück. Es reicht nicht, eine „Migrationskrise“ zu meistern. Den inneren Zusammenhalt einer höchst diversen Stadtgesellschaft zu erhalten, ist die weit größere Herausforderung. Das Konzept der Stadt Osnabrück hat genau hierbei alle relevanten Akteure im Blick: Kommunalverwaltung in enger Kooperation mit den freien Trägern der Wohlfahrtspflege, der Arbeitsverwaltung und den Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, den Schulen und Hochschulen sowie allen Bürgern, insbesondere den ehrenamtlich Tätigen. Die Teilhabe und Beteiligung von Geflüchteten weiter zu fördern und Räume für selbstbestimmte und nachhaltige Integration in unsere Gesellschaft zu öffnen, bleibt jedoch eine zentrale Herausforderung der Integrationsarbeit.



Projekt „Gestalte deine Stadt“ mit Oberbürgermeister Wolfgang Griesert (Mitte), Fachbereichsleiterin Integration, Soziales und Bürgerengagement Seda Rass-Turgut und Dr. Claas Beckord, Leiter des Referat Strategische Steuerung und Rat



Integrationslotsen der Stadt Osnabrück

© Rechte der Bilder Stadt Osnabrück

Veröffentlichungen
zum Thema Migration
und Integration auf der
städtischen Website:
<https://www.osnabrueck.de/verwaltung/integration/veroeffentlichungen.html>

1. BEWÄHRTE PRAKTIKEN DEUTSCHER KOMMUNEN

B. SAARBRÜCKEN – VON DER NACHHOLENDEN INTEGRATION ZUR GESTALTUNG VON VIELFALT

Die Jahre ab 2005 (Zuwanderungsgesetz) waren Jahre der „nachholenden Integration“, in denen sich auch die Landeshauptstadt Saarbrücken auf der Grundlage ihres Integrationskonzepts von 2007 neu aufgestellt hat. Mit verschiedenen Projekten hat sie an der Qualität der Migrationsarbeit insbesondere in den Bereichen Beschäftigung, interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung, Gemeinwesenarbeit, Vernetzung, Information und Kommunikation gearbeitet. Sie hat Veranstaltungsformate wie die IMMIGRA oder den Orientalischen Markt und ein Curriculum für die Ausbildung von Sprachmittlerinnen und Sprachmittler entwickelt und umgesetzt, das Thema Migration in vielen Fachämtern und ämterübergreifend verankert und ein großes Partnernetzwerk mit Institutionen, Vereinen, Initiativen und Kulturschaffenden in Saarbrücken aufgebaut.

Zwei Entwicklungen haben die Situation ab 2012 nachhaltig verändert: zunächst die EU-Zuwanderung und dann die Zuwanderung von Geflüchteten. Die Stadt hat reagiert: etwa durch die Förderung von Projekten zur Integration von Roma-Kindern an mehreren Grundschulen; die Krisenintervention angesichts unhaltbarer Umstände nach dem Zuzug vieler Menschen aus Bulgarien und Rumänien auf engstem Raum in einem der Saarbrücker Ankunftsstadtteile; den Aufbau von Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für EU-Zuwanderer; die Unterbringung von Geflüchteten und damit verbundene Bürgerkommunikation; den Aufbau ehrenamtlicher Unterstützungsstrukturen. Die starken Veränderungen durch Migration haben die Stadt 2017 veranlasst, das Projekt „PatchWorkCity. Saarbrücken gestaltet Vielfalt“ aufzusetzen.

NEUAUSRICHTUNG

Im Zuge des Projekts PatchWorkCity ist auch der Entwurf für das neue Integrationskonzept entstanden, das 2019/2020 im Stadtrat diskutiert und verabschiedet werden soll. Der Fokus soll auf den Schwerpunkten Ankunftsquartiere stärken, Bildung sowie Zusammenleben und Zusammenhalten liegen. Damit ist der Fokus enger gefasst als im ersten Konzept mit seinen vielen Handlungsfeldern. Das hat gute Gründe: Alles deutet darauf hin, dass man es mit zunehmenden Segregationsprozessen zu tun haben wird, die Menschen aufgrund ihrer Herkunft und ihrer sozialen Situation in bestimmte Stadtgebiete abdrängen. Die Ankunftsquartiere, die einen Großteil der Integrationsleistung erbringen, verdienen Solidarität. Konkret muss die Unterstützung in der Bildung anfangen. Und schließlich

sieht man, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Der Kommune kommt hierbei eine wichtige Rolle als Unterstützerin, Moderatorin und Vermittlerin bei Konflikten zu.

ERFAHRUNGEN

Das Integrationskonzept bildet den Rahmen für ein gemeinsames Grundverständnis, für Ziele und Vorhaben. In beiden Entwicklungsprozessen (2007 und 2019) war der Weg zu diesem Konzept mindestens so wichtig wie das Ziel. Das Konzept bleibt allerdings (nur) ein Rahmen, und seine Umsetzung hängt von Ressourcen, Motivation und Verbindlichkeit bei den zahlreichen beteiligten Akteurinnen und Akteure ab. Sie muss gut gesteuert werden. Steuerung heißt hier nicht zwangsläufig, dass es einen verwaltungsinternen Steuerungskreis gibt, sondern dass die Netzwerkstrukturen so weitläufig, stabil und vertrauensvoll sind, dass sie – insbesondere im Krisenfall – greifen, und dass eine Stelle die Koordination übernimmt.

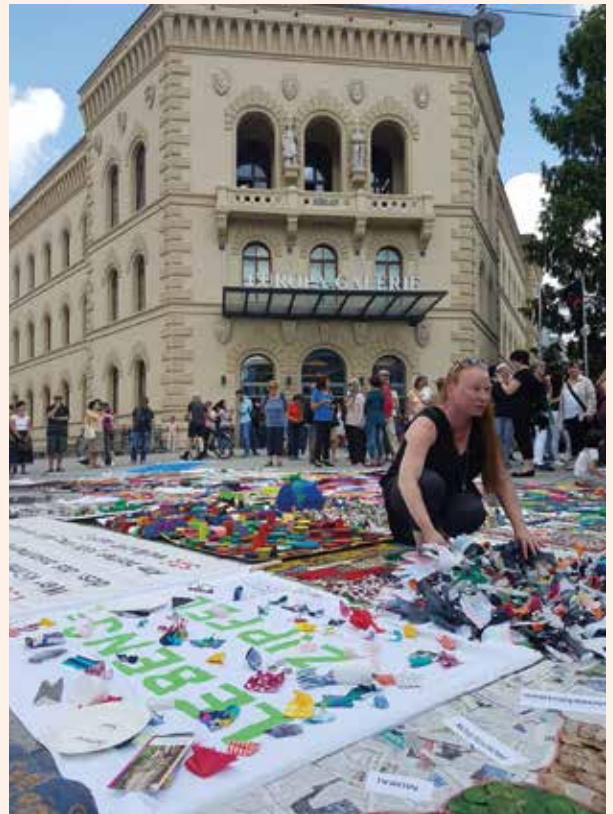
Wir haben die Erfahrung gemacht, dass es sich lohnt, die Grundannahmen über Migration und Vielfalt in der eigenen Stadt in bestimmten Abständen zu überprüfen. Im Projekt PatchWorkCity haben wir uns 2018 entsprechende Arbeits- und Denkphasen eingeräumt. Wir haben die Entwicklung der Stadt und ihrer Stadtteile analysiert und auf Grundlage der Ergebnisse teilweise neue Arbeitshypothesen formuliert. So sind etwa die Themen „Stärkung von Ankunftsgebieten“ und „Umgang mit Konflikten“ stärker in den Fokus gerückt.

Eine wichtige Erfahrung ist, dass Migration und Stadtentwicklung die vielleicht wichtigste Schnittstelle bilden, an der die kommunale Integrationspolitik ansetzen kann. Die enge Zusammenarbeit zwischen Integration, Sozialem, Entwicklungsplanung, Stadtplanung und Bildung hat u. a. ein größeres Projekt hervorgebracht (den Bau einer „Bildungswerkstatt“ im Stadtteil Malstatt), das kein Fachbereich allein hätte entwickeln können.

Aufwändig gestaltet sich hingegen das Schnittstellenmanagement mit weiteren Ebenen: Regionalverband (Kreis), Land, Bund. Da viele Kompetenzen nicht bei der Kommune liegen, braucht es sehr viele Einzelabsprachen, um Prozesse und Projekte auf den Weg zu bringen. Ein Integrationskonzept kann das Problem nicht lösen, hier braucht es gute Kooperationsroutinen.

Positiv ist die Erfahrung, die kommunale Integrationspolitik mit starken Partnern in den Stadtteilen zu verknüpfen. Das ist in Saarbrücken vor allem die überwiegend von der Stadt finanzierte Gemeinwesenarbeit mit ihren acht Standorten. Hier lassen sich Stadtteilentwicklung und Integrationspolitik ausgezeichnet verknüpfen. Die Wege (vom Rathaus zur Gemeinwesenarbeit und innerhalb der Stadtteile) sind kurz und die Ressourcen sind nachhaltig investiert.

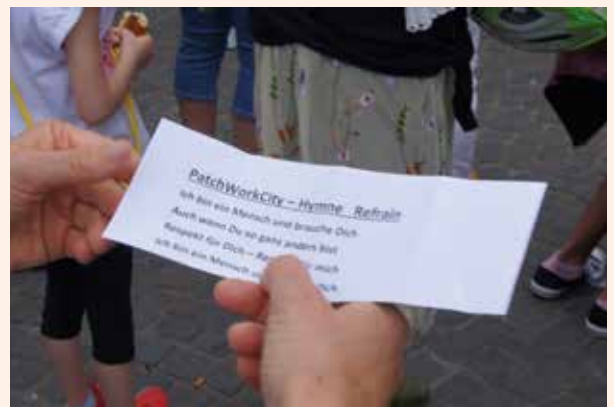
Es hat sich bewährt, mit den gesellschaftlichen Entwicklungen mitzugehen. Statt routiniert alle Punkte des Integrationskonzepts abzuarbeiten, bleibt es wichtiger, Veränderungen und neue Herausforderungen wahrzunehmen, auf sie zu reagieren und gegebenenfalls umzusteuern. Zeitlich befristete Projekte helfen, den Wandel zu bewältigen und Öffnungsprozesse voranzubringen.



Teppich der Vielfalt © Tanja John



Schilderaktion © Frank Schmitz



PatchWorkCity-Hymne © Martina Meyer

1. BEWÄHRTE PRAKTIKEN DEUTSCHER KOMMUNEN

C. DAS ALTENA KONZEPT – VOM GEFLÜCHTETEN ZUM ALTENAER MITBÜRGER

Die Stadt Altena (17 200 Einwohner) liegt im Märkischen Kreis südlich des Ruhrgebiets. Sie ist landschaftlich durch die Berge des Sauerlandes und den Fluss Lenne geprägt. Bis heute hat sie neben dem touristischen Potential durch die Burg Altena eine große wirtschaftliche Bedeutung, da über 18 Prozent des Weltmarkts an Stahldraht in Altena produziert werden.

Im Zeitraum von 1970 bis 2010 war Altena die am stärksten schrumpfende Stadt Westdeutschlands. Aufgrund von Unternehmensabwanderungen (u.a. Nokia), dem Niedergang des Eisendrahtes und dem sich daraus verschärfenden strukturellen und demographischen Wandel verlor die Stadt von 1970 bis heute fast 50% ihrer Einwohner. Die Ergebnisse waren: Wohnungsleerstand, ein erhöhter Arbeitslosenanteil, Leerstand von Geschäftsräumen in der Innenstadt und ein überdurchschnittlich hoher Anteil älterer Menschen bedingt durch die Abwanderung junger Menschen und einem negativen Geburtensaldo. Als Reaktion darauf setzt die Stadt ab 2000 erfolgreich auf eine neue Stadtpolitik, die aus weitgehenden Sparbemühungen bestanden (später auch im Stärkungspakt NRW). Dazu gehörten u.a. die Schließungen von nicht mehr benötigten Bildungs- und Freizeitinfrastrukturen, eine starke personelle Verkleinerung der Verwaltung, ein gezielter Auf- und Ausbau des Ehrenamtes, ein partizipatorisch entwickeltes städtebauliches Handlungskonzept und der Ausbau des Tourismus. Im Rahmen des Stadtumbau Wests, wurden bislang in Abstimmung mit einer mehrheitlich privaten Baugesellschaft fast 400 Wohneinheiten zurückgebaut. Das Stadtbild wurde durch Leuchtturmprojekte (Erlebnisaufzug zur Burg und Pop-up Stores) und die Neugestaltung der Lennepromenade stark verändert, wodurch die Erlebbarkeit des Flusses ‚Lenne‘ mit einer hohen Aufenthaltsqualität ermöglicht wird.

VOM GEFLÜCHTETEN ZUM ALTENAER MITBÜRGER

Seit dem arabischen Frühling im Jahr 2011 kam eine neue Herausforderung für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger hinzu: Die Aufnahme von Geflüchteten und deren Integration. Wie nahezu jede Kommune in Deutschland war auch Altena seit 2000 nur begrenzt von Zuwanderung betroffen, sodass es bis dahin keine Notwendigkeit für ein Integrationskonzept gab. Die Zuweisungen nach dem Königssteiner Schlüssel in den Jahren 2013 (ungefähr 30 Personen), 2014 (67 Personen) und 2015 (ungefähr

200 Personen) sowie die freiwillige Aufnahme von 100 weiteren Geflüchteten veränderten diese Wahrnehmung und setzten eine Auseinandersetzung mit der Frage der Integration und dem Umgang mit den Neubürgern innerhalb der Kommunalverwaltung und dem Ehrenamt voraus.

Aus den bei der Arbeit gesammelten Erfahrungen und dem Umgang mit den Menschen bewährten sich in Altena unterschiedliche Strategien, die dem Leitspruch „Vom Geflüchteten zum Altenaer Mitbürger“ folgen und auf einer intensiven Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt beruhen. Oberstes Ziel war und ist es die Neubürger bei ihrer Ankunft in der fremden Kultur willkommen zu heißen und sie dauerhaft in die städtische Gemeinschaft zu integrieren.

DEZENTRALE UNTERBRINGUNG

Die dezentrale Unterbringung in eigenen Wohnungen und Wohngemeinschaften schafft eine hohe Zufriedenheit der Bewohner, fördert die Integration in die bestehenden Nachbarschaften und reduziert den Wohnungsleerstand. Ankommende Menschen, ohne das Lebensnotwendigste wie Betten, Küchenutensilien, Wechselkleidung oder Schuhe, werden von Stadt und den Ehrenamtlichen über aufgebaute Spenden- und Verteilungsstrukturen mit dem Nötigsten versorgt. Dafür wurde auch eine Kleiderkammer geschaffen.

KÜMMERER

Über diese materielle Versorgung hinaus wird auch auf eine soziale Betreuung ab der ersten Minute Wert gelegt. Ehrenamtliche Kümmerer nehmen sich der Wohneinheiten an, helfen bei den ersten Schritten im neuen Zuhause und setzen sich individuell mit den Problemen und Bedürfnissen der Menschen auseinander. Dabei entstehende Freundschaften sind zentrales Mittel der Integration in die Gesellschaft.

Die soziale Betreuung wird durch ein personell aufgestocktes städtisches Team und die ehrenamtlichen ‚Kümmerern‘ gewährleistet, so dass Geflüchtete Hilfe bei der Eingewöhnung in den deutschen Alltag und den Umgang mit Behörden bekommen. Durch individuelle Beratung und Begleitung bei Terminen sollen die Geflüchteten befähigt werden, ihre Angelegenheiten alleine oder mit Hilfe zu bewältigen. Dies hat bereits zu Erfolgen

geführt und der Großteil der neuen Bürgerinnen und Bürger bewegt sich autark in der Gesellschaft.

DEUTSCHLERNEN VOM ERSTEN TAG AN

Als wichtigster Einstieg stellte sich das Erlernen der deutschen Sprache heraus. Entstanden aus einer Initiative ehemaliger Pädagogen, werden in Altena ehrenamtlich Deutschkurse angeboten. Angefangen mit vier Lehrern stieg ihre Anzahl aufgrund großer Resonanz schnell auf vierzehn Lehrkräfte an. Die Sprach- und Alphabetisierungskurse können ab dem ersten Tag und unabhängig vom Asylverfahren besucht werden und sind eine gute Grundlage für staatliche Integrationskurse. Als eine der ersten Kommunen Europas vermitteln die Lehrerinnen und Lehrer in Altena auch Deutschgrundlagen mittels einer neuen Sprachvermittlungsmethode, dem ‚Liechtensteiner Modell‘. Mit sinkendem Bedarf reduzierte sich das Angebot. Dafür werden derzeit spezielle Kurse für Mütter mit Kinderbetreuung und andere Migrantengruppen, wie Rumänen und Bulgaren, sowie türkische Frauen angeboten. Der überwiegende Teil der Altenaer Geflüchteten besuchte oder besucht einen offiziellen, institutionellen Integrationskurs, der für den Aufenthalt in Deutschland verpflichtend ist.

ARBEITSMARKTINTEGRATION

Für die Integration auf dem Arbeitsmarkt sind die kleinstädtischen Strukturen und die Vermittlungsmöglichkeiten von Haupt- und Ehrenamtlichen, sowie die Eigeninitiative der Geflüchteten wichtig. Betriebe und Geflüchteten werden zusammengeführt, was wie in jedem Arbeitsverhältnis zu Erfolgen und Misserfolgen führen kann. Zugleich werden die ansässigen Unternehmen und Gewerbe aktiv und bieten Berufsorientierungen sowie Praktika an, die die vorhandene Qualifikation erkennen und neues Wissen vermitteln. Daraus resultierten einige Festanstellungen, sodass die Flüchtlinge nicht nur sozial, sondern auch wirtschaftlich in die Stadt einbezogen werden.

INTEGRATIONS- & BEGEGNUNGSZENTRUM FREIHEIT 26

Auch der Aufbau eines Integrations- und Begegnungszentrums gemeinsam mit Geflüchteten war ein einzigartiges Projekt, das die Integration und das Ankommen förderte und heute von der gesamten Stadtgesellschaft als



Sprachkurs



*Eröffnung Integrations- und Begegnungszentrum
freiheit 26*



Kümmerer



Kümmerer

© Alle Fotos Stadt Altena



Café International © Stadt Altena

Veranstaltungsraum, als Ort für Projekte und für Ausstellungen genutzt wird.

CAFÉ INTERNATIONAL UND BEGEGNUNGSCAFÉ

Um eine Isolation der Menschen zu vermeiden wurde das einmal im Monat stattfindet ‚Café International‘, mit Musik und Tanz, sowie das beschaulichere Begegnungscafé ins Leben gerufen. Beides ist ein Treffpunkt für Flüchtlinge, Ehrenamtliche und Neugierige. Neben einem gemeinsamen Essen, Feiern und anderen, z. B. sportlichen Aktivitäten entsteht hier ein Raum des kulturellen Austauschs und des unbeschwerten Zusammenseins.

Für die gelebte Integration erhielt die Stadt Altena mehrere Auszeichnungen und erlangte weltweite Anerkennung. Die höchste Ehre für die Arbeit der Stadtgesellschaft war im Jahr 2017 der Gewinn des Ersten Nationalen

Integrationspreis, welcher durch die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel verliehen wurde.

Da die Zahl der Neuankömmlinge in den letzten Jahren gesunken ist, wurden auch die Angebote reduziert und werden bei Bedarf bedient. Durch die Integration in die Stadtgesellschaft wurden die Geflüchteten „mündig“ um selbst ihren Alltag zu bestreiten. Dazu gehört auch, dass Angebote wie organisierte Feste oder Informationsveranstaltungen weniger wahrgenommen werden, da Geflüchtete unabhängig von Stadtverwaltung oder Ehrenamtlichen vernetzt sind und ihre Freizeit etc. gestalten. Dies wird besonders von den Mitarbeitern der Stadt als Erfolg verzeichnet.

Die Integrationsarbeit hat sich somit über die Jahre gewandelt und muss ständig auf neue Bedürfnisse überprüft und angepasst werden.

1. BEWÄHRTE PRAKTIKEN DEUTSCHER KOMMUNEN

D. STADT NEU-ULM – INTEGRATIONSKONZEPT FÜR DIE STADT NEU-ULM

Die Region rund um Neu-Ulm übt aufgrund ihrer guten wirtschaftlichen Lage eine hohe Anziehungskraft aus. Dies gilt gleichermaßen für Menschen aus anderen Regionen Deutschlands als auch für ausländische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger: Mit einem Ausländeranteil von etwa 19% liegt die Stadt über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Menschen aus über 100 unterschiedlichen Nationen haben in Neu-Ulm ihr Zuhause gefunden und rund 30% der Neu-Ulmer Bürgerinnen und Bürger haben einen Migrationshintergrund. Somit hat das Thema Integration sowohl gegenwärtig als auch in der Zukunft einen entscheidenden Einfluss auf das Zusammenleben in der Neu-Ulmer Stadtgesellschaft, die sich als vielfältiger Lebensraum in kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht gestaltet.

2015 beschloss die Stadt Neu-Ulm, die örtliche Integrationsarbeit konzeptionell neu aufzusetzen und durch die Erarbeitung eines Integrationskonzeptes qualitativ zu verbessern. Das Integrationskonzept der Stadt Neu-Ulm wurde im Rahmen eines mehrmonatigen partizipativen Erarbeitungsprozesses formuliert und im September 2018 durch den Ausschuss für Bildung, Familie und Kultur verabschiedet.

Im Bewusstsein, nur ein relevanter Akteur von vielen zu sein, entschied sich die Stadt Neu-Ulm für einen partizipativen Prozess, in dem alle relevante Akteure der Neu-Ulmer Integrationslandschaft involviert wurden: Somit konnte man ein möglichst bedarfsgerechtes und passendes Konzept für die Stadt entwickeln. Zu Beginn des Prozesses wurde mittels einer Bestands- und Bedarfsanalyse der Ist-Zustand erfasst. Durch qualitative Experten-Interviews und eine umfassende Online-Umfrage kristallisierten sich vier für die Stadt Neu-Ulm relevante Handlungsfelder heraus: Wohnen, Arbeitsmarktintegration, Bildung und Sprache, Vernetzung und Transparenz. Ein fünftes Handlungsfeld (gesellschaftliche Teilhabe) ergab sich erst im Laufe des Erarbeitungsprozesses, welcher aus einer Akteurskonferenz als Auftaktveranstaltung sowie vertiefenden thematischen Workshops bestand. Der Entstehungsprozess wurde von einer verwaltungsinternen Steuerungsgruppe und der Beratungsfirma IMAP begleitet. Die Koordinierungsstelle Interkulturelles Neu-Ulm übernahm eine Koordinationsrolle.

In den Workshops erarbeitete die Stadtverwaltung mit den Akteuren der Integrationslandschaft strategische Ziele pro Handlungsfeld. Die Ziele sind dabei als Zielzustände



Petrusplatz © Heinzkoch - Wikipedia

formuliert und sollen auf die folgende Frage eine Antwort bieten: Was wollen wir in der Zukunft gemeinsam erreicht haben? Handlungsleitend sind dabei die fünf Oberziele der Handlungsfelder. Jedem Oberziel sind drei bis fünf Teilziele untergeordnet. Sie dienen der Differenzierung der Oberziele und machen sie greifbarer. Schließlich wurden Indikatoren definiert, um den Erreichungsgrad der Strategie zu messen. Auch das Integrationsverständnis als Fundament des Konzeptes wurde gemeinsam diskutiert: „Unser Ziel von Integration ist das Zusammenleben auf der Basis eines verfassungsgemäßen und gemeinsamen Wertekanon“ lautet die Neu-Ulmer Definition von Integration. In diesem Sinne möchte die Stadt Neu-Ulm alle Bürgerinnen und Bürger ansprechen: Bei der Neu-Ulmer Integrationsstrategie geht es nicht nur um die Integration von Neuzugewanderten, sondern um die Integration aller Menschen mit Migrationshintergrund. Hierbei wird der Personenkreis der Menschen ohne Migrationshintergrund ebenfalls adressiert, da sich der Integrationsprozess nicht einseitig gestalten lässt.

Das Integrationskonzept der Stadt Neu-Ulm verdeutlicht eine Zukunftsvision und hat somit eine strategische und langfristige Ausrichtung. Im Konzept wurden keine Maßnahmen formuliert, sondern strategische Ziele, die als Orientierung für die zukünftige Integrationsarbeit dienen sollen. Strategische Ziele können sich auf einen langen Betrachtungszeitraum beziehen. Der Integrationsprozess ist starken Dynamiken unterworfen: In diesem Sinne sollten neue Dynamiken das Konzept nicht obsolet machen. Im Gegensatz zu einem kurzfristigen, operativen Maßnah-

menkatalog verfolgt das Konzept das Ziel, eine erfolgreiche Integration in Neu-Ulm nachhaltig zu ermöglichen. Nur mit einer strategischen Umsetzungssteuerung ist man in der Lage, auf neue Dynamiken zeitnah zu reagieren und passende Maßnahmen zu implementieren.

Weiter basiert das Neu-Ulmer Konzept auf einem ganzheitlichen Verständnis von Integration, wobei die Handlungsfelder nicht gänzlich trennscharf voneinander betrachtet werden. Der hohe Komplexitätsgrad der Integrationsarbeit – die unterschiedliche Handlungsfelder und Lebensbereiche tangiert – erfordert die Einbeziehung einer Vielzahl von Akteuren, die bewusst bereits beim Entstehungsprozess involviert wurden.

Die Umsetzung des Integrationskonzeptes soll durch die Initiierung bzw. Weiterentwicklung von passenden Maßnahmen, Projekten und Kooperationen, die stets vor dem Hintergrund ihrer Wirkung und ihres Beitrages zur Zielerreichung betrachtet werden sollen, erfolgen. Hierbei übernimmt die Stadt je nach Handlungsfeld verschiedene Aufgaben. Übergeordnet lassen sich drei Funktionen der Stadt festhalten:

- **Koordinationsfunktion:** Die Stadt soll der Integrationsarbeit ein strategisches Dach geben. Die Koordination erfolgt durch eine intensive Netzwerkarbeit: Einerseits werden Bedarfe und aktuelle Herausforderungen aufgenommen, andererseits sollen Synergien und Kooperationen gefördert werden.
- **Dienstleistungsfunktion:** Mittels passgenauer Förderungen und Unterstützungsmaßnahmen möchte die Stadt die lokalen Akteure punktuell unterstützen.
- **Gestaltungsfunktion:** Die aktive Mitgestaltung der Integrationslandschaft über Projekte und Maßnahmen (z. B. Wohnraumbeschaffung, Einrichtung von Begegnungsstellen, etc.) stellt eine weitere Kernfunktion der Stadtverwaltung dar.
Die Koordinierungsstelle fungiert hierbei als Schnittstellenmanagerin zwischen den Akteuren der Integrationslandschaft und der Stadtverwaltung.
Die Umsetzungssteuerung erfolgt anhand einer im Integrationskonzept festgelegten Steuerungsarchitektur, die aus drei Säulen besteht:
- **Netzwerk Integration:** Das kommunale Netzwerk Integration wurde 2019 etabliert. Es handelt sich um ein gesamtstädtisches Forum, welches eine zielgerichtete Zusammenarbeit aller Akteure im Integrationsbereich ermöglichen soll. Die Schaffung von Transparenz, der Transfer von Expertisen und Impulsen, die Entstehung

von Kooperationen und eine kontinuierliche Zielstandskontrolle sind stellen die wesentlichen Ziele des Netzwerks Integration dar.

- Sachstandsbericht, der alle zwei Jahre erfolgen soll.
- Zukunftskonferenz, welche alle zwei Jahre unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters stattfinden soll.

EVALUATION

Sehr positive Erfahrungen hat die Stadt Neu-Ulm mit der partizipativen Erarbeitung des Konzeptes gemacht: Akteure aus unterschiedlichen Bereichen (Bildung, Kultur, Wirtschaft, Ehrenamt, usw.) konnten entsprechende Fachexpertise und Kenntnisse einbringen. Des Weiteren konnten bereits durch die Zusammenarbeit während der Erarbeitungsphase erste Kontakte – sowohl unter den Akteuren als auch zwischen der Akteurslandschaft und der Verwaltung – geknüpft werden. Diese bildeten die Grundlage der zukünftigen Zusammenarbeit. Die ersten Treffen des Netzwerks Integration im Jahr 2019 hatten eine sehr gute Resonanz, vermutlich auch aufgrund der intensiven Netzwerkarbeit bereits während des Prozesses.

Die partizipative Gestaltung des Prozesses wurde außerdem seitens der Akteure als sehr wertschätzend empfunden. Gleichzeitig konnte man die Botschaft vermitteln, dass die Verantwortung für die Integrationsarbeit von allen Akteuren gemeinsam getragen werden soll. Ein partizipatives Verfahren ist jedoch zeitintensiv und erfordert einen hohen Koordinationsaufwand: Die Ergebnisse aller Workshops mit der Akteurslandschaft wurden verwaltungsintern durch regelmäßige Steuerungsgruppentreffen und Klausuren evaluiert. Die strategische Ausrichtung des Konzeptes, die aus den o.g. Gründen bewusst von der Stadt gewählt wurde, war aufgrund der wahrgenommenen fehlenden Greifbarkeit schwierig zu vermitteln in der Akteurslandschaft: hierbei helfen eine stets deutliche Kommunikation und zum Teil eine intensive Überzeugungsarbeit.

ÜBERTRAGBARKEIT DES KONZEPTE

Das Konzept hat einen starken Bezug auf die Stadt Neu-Ulm. Aus diesem Grund können die Inhalte nur bedingt in anderen Städten übertragen werden bzw. eine Anpassung wäre erforderlich. Die Methode und die Struktur des Erarbeitungsprozesses sind wiederum leicht übertragbar, sowie die Steuerungsarchitektur zur Umsetzung des Konzeptes.

1. BEWÄHRTE PRAKTIKEN DEUTSCHER KOMMUNEN

E. ZUSAMMENLEBEN HAND IN HAND IN SCHWÄBISCH GMÜND

Die große Kreisstadt Schwäbisch Gmünd mit rund 62.000 Einwohnern liegt im Ostalbkreis. 90% des Zuwanderungsgewinns der Stadt resultiert dabei von Menschen mit internationalen Wurzeln. Inzwischen sind 140 Nationen in der Stadt vertreten.

Worum geht es?

Ein wichtiges kommunales Handlungsfeld in Schwäbisch Gmünd, welches sich seit Mitte der 80-er Jahre entwickelt hat und auch strategisch immer weiterentwickelt wird, sind die kommunalen Aktivitäten zur Integration von Zuwanderern und Geflüchteten sowie die Förderung des Zusammenlebens der Bevölkerung in Schwäbisch Gmünd. Dabei geht es gleichermaßen sowohl um ein Charta des guten Zusammenlebens aller Gmünder, einem gesamtstädtischen Integrationskonzept, quartiersbezogenen Konzepten als auch um speziell geschaffene Einrichtungen und Einzelprojekte für Integration. Der Gmünder Weg wird mit einer Vielzahl von Projektpartnern und zivilgesellschaftlichen Akteuren der Stadtgesellschaft umgesetzt. In Anerkennung der Arbeit der Stadt wurde diese beim erstmalig durchgeführten Bundeswettbewerb „Zusammenleben Hand in Hand – Kommunen gestalten“ am 2. Juli 2018 im Bundesministerium des Inneren für Bau und Heimat unter 140 teilnehmenden Kommunen ausgezeichnet und in der Kategorie „hervorragende strategische Aktivitäten“ mit einem Preisgeld von 25.000 € belohnt. Dieses Preisgeld wurde selbstverständlich wieder in die Finanzierung des Gesamtprojektes gesteckt. So konnte eine Charta der Gemeinsamkeiten mit viel Bürgerbeteiligung realisiert werden, der Gmünder Weltgarten auf dem Hardt wichtige Anschaffungen tätigen und in der Oststadt konnten unter der Mithilfe der Gmünder Lernwerkstatt für Flüchtlinge verschiedene Stadtteilverschönerungen durchgeführt werden, welche die Identifikation mit dem Stadtteil und der Stadt stärken.

Wie ist die Rolle der Quartiere auf dem Gmünder Weg?

In den Fokus der Integrationsbemühungen rückt immer stärker die Integration im Quartier und damit die Stadtteilarbeit. In Schwäbisch Gmünd gibt es seit 2018 in sieben Gmünder Stadtteilen hauptamtliches Quartiersmanagement. Diese Stadtteile sind meistens Vielfaltsquartiere mit einem Migrationsanteil von 50-70%. In der Kernstadt gibt es zwei "Soziale Stadt"-Gebiete, welche ein beson-



Einzelprojekt 2.3. Kindergartenkinder Weltgarten

deres Augenmerkmal auf ihre Migranten legen. So in der Oststadt mit einem BIWAQ- Projekt, gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds mit dem Schwerpunkt der Beschäftigung von arbeitslosen Migranten im Stadtteil und auch der Unterstützung von Migranten, welche dort als Einzelhändler und Selbstständige tätig sind. In einem anderen Stadtteil, dem Hardt liegt der Schwerpunkt auf der Bildung von Migrantenkindern. Dort entstand über das Bundesförderungsprogramm „Orte der Integration im Quartier“ das sogenannte Bildungs- und Familienzentrum (BIKIFA) mit Kita, Grundschule, Familienzentrum, Quartiersarbeit und Jugendarbeit unter einem Dach. Das Ziel dieses Projekts ist die Verbesserung der Bildungschancen durch eine lückenlose Begleitung der Kinder und der Eltern im Stadtteil von der Geburt bis zum Übergang in eine weiterführende Schule. In diesem Projekt Arbeiten sogenannte Elternmentoren mit, die alle Migrationshintergrund haben und als Ehrenamtliche in die Bildung ihrer Kinder aktiv mit einbezogen werden.

Was sind die Erfahrungen der Stadt Schwäbisch Gmünd bei der Erarbeitung und Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes?

Integration erfährt in Schwäbisch Gmünd eine starke kommunalpolitische Unterstützung mit höchster Priorität.

Dies zeigt sich daran, dass der Oberbürgermeister der Stadt dieses Thema zu seiner persönlichen Sache macht und engagiert vertritt. Mit den Stabsstellen des Integrationsbeauftragten und der Flüchtlingsbeauftragten, der ämterübergreifenden Fachgruppe Zuwanderung unter Vorsitz des Oberbürgermeisters, dem Integrationsforum zur Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Akteure und Migrantengruppen, dem Gmünder Weg vom Flüchtling zum Bürger sowie der zentralen Anlaufstelle „PFIFF – Projektstelle für Integration und für Flüchtlinge“ gibt es in Schwäbisch Gmünd viele Strukturen für eine nachhaltige Umsetzung der Integrationsarbeit. Das Motto „Alles unter einem Dach“ wird in Schwäbisch Gmünd mit der zentralen Anlaufstelle „PFIFF – Projektstelle für Integration und Flüchtlingen“ praktiziert. Diese Anlaufstelle beherbergt Mitarbeiter verschiedener Ämter und Organisationen, die für Geflüchtete und Zugewanderte wichtige Anlaufstellen sind. Wie die Flüchtlingsbeauftragte, Amt für Familie und Soziales und der Integrationsbeauftragte, Bundesagentur für Arbeit, des Jobcenters, der Arbeitskreis Asyl, das Projekt NIFO- Netzwerk für Integration von Flüchtlingen in Ostwürttemberg, die Projektstelle Jesidische Frauen sowie die Integrationsmanager*innen aus der Landesprogramm „Pakt für Integration Baden Württemberg“. Wie beschrieben setzt die Stadt zunehmend auf die Quartiere als Integrationsorte, wo Heimat und Nachbarschaft konkret gelebt werden. Auch das Landesprogramm „Quartier 2020“ setzt hier landesweit wichtige Akzente. Die Stadt nutzt auch immer wieder Möglichkeiten der externen Evaluation durch Hochschulen und Stiftungen um einzelne Integrationsansätze weiter zu entwickeln. Besonders zu erwähnen ist die hohe Bedeutung des Bürgerschaftlichen Engagements als Integrationsmotor in der Stadt. Dieses kommt immer wieder bei wichtigen gesamtstädtischen Projekten zum Einsatz wie dem Stauferjubiläum (2012), der Landesgartenschau (2014) oder dem Stauferfestival (2016). Aber auch die alltägliche Integration von Flüchtlingen in ehrenamtlichen Vereinen oder bei der freiwilligen Feuerwehr haben eine hohe Bedeutung. Dies fördert die Teilhabe am Leben der Stadtgesellschaft und bezieht Flüchtlinge, EU-Bürger und sonstige Migranten gleichermaßen mit ein.

WELCHES SIND DIE **GELINGENS-FAKTOREN** FÜR DEN **GMÜNDER WEG**?

Insgesamt lassen sich aufgrund der in Gmünd gemachten Erfahrungen sieben Faktoren für ein gutes Gelingen der Integrationsarbeit erkennen. Sie bilden gleichzeitig eine Art Zusammenfassung der vielfältigen Projekte und Aktivitäten, Strukturen und Feste zur Integration von Migranten in der Stadt.

1. Wer Integration will, muss als Stadtgesellschaft öffentlich Flagge zeigen. Dies erfolgt in Schwäbisch Gmünd immer wieder, wenn es etwa um die öffentliche Ächtung der Brandstiftung eines Asylbewerberheims geht (2015) oder um das Aufstehen gegen Rassismus im Rahmen einer öffentlichen Aktion (2016) oder beim jährlichen öffentlichen Fastenbrechen für alle Religionsgemeinschaften auf dem Rathausplatz.
2. Interkulturalität und Teilhabe im gesellschaftlichen Leben muss beiderseits gefördert werden. Dies braucht es, um einander besser kennenzulernen und um mehr Teilhabe am kulturellen Leben des anderen zu haben. So beispielsweise wenn typisch deutsche Veranstaltungen in Moscheen und Kulturzentren veranstaltet werden wie z.B. eine Blutspende-Aktion.
3. Gemeinsame Projekte der Stadtgesellschaft sind durchzuführen. Dabei geht es um wichtige Feste der Stadt, wie z.B. das Stadtfest, das gemeinsam vorbereitet und gefeiert wird und zwar von Ur-Gmündern gemeinsam mit Migranten und Geflüchteten.
4. Orte der Integration und der Beteiligung vor Ort schaffen. Das Ziel ist, dass es in jeder Gemeinde einen Veranstaltungsort zur Durchführung von Integrationsmaßnahmen und Begegnung gibt, der auch von Migranten angenommen wird.
5. Arbeiten mit Multiplikatoren aus den verschiedenen ethnischen Communities. Damit die Informationen besser verteilt und die Zielgruppen erreicht werden, wird in Schwäbisch Gmünd mit Multiplikatoren aus verschiedenen Ethnien sowie mit Dolmetschern gearbeitet. Durch die Weitergabe von Informationen über diese Vertrauenspersonen steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Migranten Angebote auch wahrnehmen.
6. Bildung von Kulturtandems, Bildungspartnerschaften. Da Migranten oftmals Schwierigkeiten in der Schule und bei bürokratischen Angelegenheiten haben, wird mit unterstützenden ehrenamtlichen Helfern, Paten und Dolmetschern gearbeitet.
7. Anerkennung und Respekt vor kulturellen Unterschieden ist ganz wichtig. Dies trägt dazu bei Vorurteile abzubauen und am Leben der Anderen mehr teilzuhaben.



Einzelprojekt 2.2. Arbeit mit Kleingärtnern



Nachbarschaftsgespräch zur Charta in den Stadt- und Ortsteilen

12 Leitlinien der Charta:
Grundsätze, wie die
Gmünderinnen und
Gmünder in ihrer Stadt
zusammenleben wollen
– Hand in Hand: www.gmuendercharta.de

PRAXISTIPP

WIE GEHE ICH ALS KOMMUNE BEIM THEMA INTEGRATION VOR?

Die Integration von Migranten und Flüchtlingen in einer Stadt ist nicht das Ergebnis kurzfristiger Entwicklungen, sondern erfordert einen langen Atem und muss über mehrere Generationen hinweg konsequent bearbeitet werden. Für die Politik ist es deshalb kein Thema, mit dem schnell gegläntzt werden kann. Die Integration- und Zuwanderungspolitik in einer Stadt kann nicht an Stabsstellen für Integration und Flüchtlinge wegdelegiert werden. Es braucht für dieses kommunale Megathema der nächsten Jahrzehnte eine Stadtspitze – Oberbürgermeister, Bürgermeister –, für die Integration Chefsache ist. Integration muss als zentrales Thema begriffen, bearbeitet und gelebt werden. Trotzdem braucht es für eine adäquate Bearbeitung des Themas zusätzliche koordinierende Stellen in einer Verwaltung wie Integrations- und Flüchtlingsbeauftragte, Anlaufstellen wie das PFIFF, Integrations- und Quartiersmanager*innen sowie auch eine Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement. Es braucht Strukturen die alle städtischen Ämter an der Integrationsarbeit beteiligen, gegebenenfalls auch in die Pflicht nehmen, sowie ein Mindestmaß an interkulturellen Kompetenz bei allen städtischen Mitarbeitern. Notwendig ist es bei diesem Thema auch ein hohes Maß an Bürgerbeteiligung zu praktizieren, einerseits bei der Aufnahmegesellschaft und andererseits bei den Geflüchteten und Zugewanderten sowie bei beiden gemeinsam. So wurde mit viel Bürgerbeteiligung, die sogenannte „Gmünder Charta der Gemeinsamkeiten“ über viele Wochen erarbeitet, anschließend durch den Gemeinderat einstimmig beschlossen und am 22. Mai 2019 kombiniert mit Feierlichkeiten zu 70 Jahren Grundgesetz der Gmünder Bevölkerung vorgestellt. Diese Charta macht in 12 Leitlinien deutlich, nach welchen Grundsätzen die Gmünderinnen und Gmünder in ihrer Stadt zusammenleben wollen – Hand in Hand und sie bekennen sich zu deren Umsetzung.

1. BEWÄHRTE PRAKTIKEN DEUTSCHER KOMMUNEN

F. DAS INTEGRATIONSKONZEPT DER LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN



Schweriner Schloss © Varus111 - Wikipedia

Schwerin hat 2011 als eine der ersten Gemeinden Mecklenburg-Vorpommerns ein Integrationskonzept aufgestellt. In der Folgezeit wurde zunehmend ein differenzierterer und höherer Integrationsbedarf bei den Menschen deutlich, die schon etwas länger in Schwerin lebten. Die Ende 2015 einsetzende Welle an Menschen mit Flucht- und Asylhintergrund machte ebenfalls ein Weiterdenken nötig. Dabei ist die Situation in Schwerin nicht nur durch Zuweisungen gekennzeichnet. Die Stadt ist offenbar für Menschen mit Migrationshintergrund als auch für Menschen mit Flucht- und Asylhintergrund als Zuzugsort attraktiv. Mittlerweile leben ca. 20 % aller Flüchtlinge des Landes in Schwerin. Eine lageangepasste Wohnsitzauflage wurde vom Land abgelehnt. Zudem ist eine Erstaufnahmeeinrichtung des Landes in Schwerin eingerichtet worden und wird in die Integrationsarbeit einbezogen. 2017 wurde von der Stadt deshalb ein neues „Basiskonzept Integration“ erarbeitet und 2018 veröffentlicht. Das Konzept wurde - inklusive des neuen Projekts aufsuchender Sozialarbeit „Jugendintegrationsmobil“ - mit dem Preis „Zusammen leben Hand in Hand – Kommunen gestalten“ (2018) vom Bundesinnenministerium ausgezeichnet.

Das Konzept wird bis zum Jahresbeginn 2020 in einem breiten Beteiligungsprozess qualifiziert. Das beinhaltet

auch eine intensive Einbeziehung von betroffenen Schutzsuchenden. Bereits das Basiskonzept ist als „lebendes“ Konzept angelegt. Es ist gekennzeichnet durch eindeutig abrechenbare Handlungsansätze und Zielvorgaben. Diese werden sukzessive umgesetzt bzw. durch aktualisierte Ansätze angepasst.

AUFGABE & BEDEUTUNG

Das hiesige Integrationskonzept steht gleichwohl für eine mindestens mittelfristig angelegte Gesamtstrategie der Stadt in allen Belangen der Integration und Teilhabe für NeubürgerInnen bzw. Menschen mit Migrationshintergrund. Das umfasst Leitlinien etwa für eine weltoffene Atmosphäre innerhalb der Stadt, aber auch finanzielle Aspekte und ganz praktische Handlungsvorschläge für das alltägliche Zusammenleben.

Für Schwerin wurden folgende Ziele formuliert:

Das Konzept will und kann...

- zeigen, dass Integration in Schwerin als gemeinsame Aufgabe der Stadtgesellschaft mit Verwaltung, Stadtpolitik und bürgerschaftlichem Engagement verstanden wird,
- Bausteine einer gelingenden Integration definieren,
- die aktuelle Situation im Bereich Integration beschreiben,
- die Leistungen der Kommune transparent darstellen,
- Handlungsbedarfe aufdecken,
- Lösungsansätze für Bedarfe aufzeigen.

Damit ein konzeptioneller Entwurf Wirkung entfaltet, braucht es Menschen und Institutionen, die dessen Ziele mittragen und umsetzen. Seine Bedeutung erhält das Konzept daher auch über eine möglichst intensive Beteiligung.

BETEILIGUNGSPROZESS

Das Schweriner Integrationskonzept versteht sich als Mischung aus bottom up- und top down-Ansätzen. Das ermöglicht eine Balance verschiedener Sichtweisen und Handlungsansätze, bei denen Zugewanderte selbst, Verwaltung, die Polizei, Politik, Ehrenamt und Fachkräfte sowie Religionsgemeinschaften zu Wort kommen. Die Vorteile des breit angelegten Beteiligungsprozesses

17 KAPITEL DES SCHWERINER MODELLS

- I. Interkulturelle Öffnung
- II. Ehrenamt
- III. Sprache
- IV. Beratung/Betreuung
- V. Wohnen
- VI. Bildung
- VII. Arbeit,
- VIII. Gesundheit
- IX. Kultur/Sport/Freizeit
- X. Sicherheit/Ordnung
- XI. Jugend
- XII. Frauen
- XIII. Schutzbedürftige
- XIV. Männer
- XV. Finanzen
- XVI. Organisation
- XVII. Umsetzung

liegen auf der Hand: Aktive Beteiligung und Mitgestaltung erhöhen Akzeptanz und damit auch Wirksamkeit. Viele Beteiligte bringen zudem einen enormen Wissenspool ein. Kontinuierlich bestehende Arbeitsgruppen sind in der Lage, Handlungsempfehlungen über ihre jeweilige „Manpower“ und Kontakte zur Zielgruppe schnell in konkrete Maßnahmen zu verwandeln. Dafür ist allerdings auch ein langer Atem erforderlich, denn Beteiligungsprozesse erfordern Zeit und Moderationsleistung. Schwerin verfolgt über die federführende Fachstelle Integration deshalb auch hier eine Mischstrategie:

Zu einigen Handlungsfeldern werden Workshops und intensive Beteiligungsformate angeboten. Bei stark verwaltungsbezogenen Themen erfolgen Arbeitstreffen und Mailabfragen. Wann immer möglich, werden bereits bestehende Arbeitsgruppen, vorrangig des kommunalen Netzwerks Migration¹, zur Arbeit an Texten und Handlungsempfehlungen genutzt. Auf diese Synergieeffekte baut auch eine enge Kooperation mit dem Stadtteilmanagement auf, das in Quartieren mit hohem Anteil an ausländischer Bevölkerung in eigenen Gremien arbeitet und damit weitere Vernetzung anbietet. Für zukünftige Fortschreibungen sind ergänzend offene Beteiligungsformate, die Bürger*innen aktiv einbeziehen, vorgesehen.

KONZEPT & PRAXIS

Das Schweriner Konzept ist detailliert gegliedert. Während des Beteiligungsprozesses wurden weitere Themenblöcke ergänzt, um möglichst nuanciert arbeiten zu können. In der aktuellen Entwurfsfassung arbeitet das Schweriner Modell so mit 17 Kapiteln. Es geht zunächst auf die Stadtgesellschaft und das nachbarschaftliche Klima Schwerins ein. Dann folgen wichtige Bausteine für eine gelingende Integration, praxisnah und alltagsorientiert. Im Anschluss rücken einzelne Gruppen unter den NeubürgerInnen in den Mittelpunkt. Den Abschluss bilden konkret und transparent organisatorische und finanzielle Gesichtspunkte.

Das Konzept lebt von den unterschiedlichen Beteiligungsinstanzen, wobei eine divergierende Stilistik für diesen Gewinn in Kauf genommen wird. Einheitlich geht das Konzept jedoch nach einer – wiederum in Beteiligung entwickelten – Struktur vor. Diese berücksichtigt die jeweilige Ausgangslage, Zugang zu Angeboten, ggf. Angebotstransparenz, Art und Quantität der Angebote, Teilziele

und Handlungsansätze, Umsetzungsschritte und ggf. Indikatoren zur Zielerreichung. Davon ausgehend finden sich konkrete Maßnahmenkataloge, einschließlich der Zuständigkeit, finanziellen Auswirkungen und Zeitfenstern. Mit dieser Struktur werden verbindliche Aussagen formuliert, die in Folge leicht evaluiert werden können.

Dass dieses Verfahren zum Erfolg führt, zeigen nicht nur die Auszeichnungen, die Einzelprojekte erhalten haben. Der Erfolg zeigt sich auch am hohen Umsetzungsanteil der angestrebten Maßnahmen und der hohen Abrufquote Schwerins für Fördermittel im Bereich Integration.

BESONDERE VORHABEN

Schwerin hat sich neben üblichen Handlungsfeldern wie Spracherwerb oder Wohnen besonders auch einzelnen Gruppen der NeubürgerInnen explizit gewidmet.

Das gilt sowohl für Schutzbedürftige im Sinne des Art. 21 der EU-Aufnahme-Richtlinie, als auch spezifische Gruppen, wie Männer bzw. Frauen. Besonders hervorzuheben sind auch überregional prämierten Ansätze, wie das „Jugendintegrationsmobil“ oder der „Sportkoordinator“. Auch Projekte, wie die Interkulturelle Begegnungsstätte für Frauen, das „Männerprojekt“ oder Vorhaben mit bundesweit renommierten Spitzensportlern, wie „Boxen statt Gewalt“, wären hier zu nennen. Nicht zuletzt Ansätze, wie der hiesige „Interreligiöse Dialog“, können ebenfalls als wegweisend bezeichnet werden.

¹ Zusammenarbeit von ca. neunzig Institutionen, Initiativen und Privatpersonen, die sich haupt- oder nebenamtlich mit den Themen Integration und Migration auseinandersetzen.

Ausgangspunkt dafür sind auch lokale Gesichtspunkte: In Schwerin als Oberzentrum sind beispielsweise Beratungs- und Betreuungsangebote für Teilgruppen der Schutzbedürftigen vorhanden, die in kleineren Kommunen nicht vorgehalten werden. Schwerin übernimmt hier teilweise auch Servicefunktionen für das Umland.

VERZAHNUNG – INTEGRIERTE VERWALTUNGSARBEIT

Kommunalverwaltungen arbeiten oft an einer ganzen Reihe von Konzepten, integrierten Planungen oder Fachplanungen. Schwerin hat es sich hier zur Aufgabe gemacht, bestehende Konzepte möglichst eng miteinander zu verzahnen. Für den Querschnittsbereich Integration trifft dies in besonders hohem Maß zu. Fachplanungen aus den Bereichen Jugend und Bildung, Stadtentwicklung oder Soziales werden deshalb eingebunden und die Bezüge deutlich gemacht. Verwaltungsintern ergeben sich Synergieeffekte. Vor allem aber kommen Konzepte zu kongruenten Aussagen und Zielstellungen. Voraussetzung für diese Arbeitsweise ist ein ämterübergreifender inhaltlicher Austausch sowie die Bereitschaft der Federführenden im Bereich Integration, sich auch in zunächst vermeintlich themenferne Felder einzuarbeiten, da beispielsweise Aspekte des sozialen Wohnungsbaus, der Kindertagesstättenbedarfsplanung oder einer Nahverkehrskonzeption auch Integration mittel- oder unmittelbar tangieren.

GRENZEN DES KONZEPTE

Nicht zuletzt der umfassende und tiefgründige Beteiligungsprozess dürfte auch auf andere Kommunen übertragbar sein. Gleiches gilt für die oben genannten Leuchtturm-Projekte.

Das Konzept hat aber auch praktische Grenzen deutlich gemacht: Die Vielzahl an Einzelansätzen, -projekten und Handlungsfeldern bedarf einer entsprechenden Finanzierung. Das ist im Falle Schwerins insofern ein Problem, als dass die Landeshauptstadt seit mehr als 20 Jahren Konsolidierungskommune ist. Gleichwohl kann die finanzielle Unterstützung des Landes nur als unzureichend bezeichnet werden. Bereits heute wendet Schwerin Gelder in Millionenhöhe für flüchtlingsbedingte Mehrbedarfe auf, die nicht refinanziert werden. Das kann dazu führen, dass schon in wenigen Monaten erfolgversprechende Projekte eingestellt werden müssen, weil die Landesunterstützung wegfällt oder schon weggefallen ist.

Aus Sicht Schwerins ist Integration ein Prozess, der nicht in drei bis vier Jahren abgeschlossen ist. Dass das Land sich hier aus der Finanzierung zurückzieht, ist für eine Konsolidierungskommune kaum bis gar nicht kompensierbar.

DEUTSCH-TÜRKISCHE ZUSAMMENARBEIT

ZUR UNTERSTÜTZUNG VON FLÜCHTLINGEN UND AUFNEHMENDEN GEMEINDEN IN DER TÜRKEI



Fatma Şahin, Bürgermeisterin der Stadt Gaziantep und Präsidentin des Verbandes türkischer Kommunen (TBB) mit Martin Erdmann, ehemaliger Botschafter Deutschlands in der Türkei, bei der Eröffnungszereemonie des durch die GIZ unterstützten "Fatma Avlar and Aylan Bebek Peace Forest" im März 2018. © GIZ/Büro Ankara

Der andauernde Konflikt in Syrien hat eine der größten Migrationsbewegungen des 21. Jahrhunderts ausgelöst. Die sozioökonomische und gesellschaftliche Integration von mehr als 6 Millionen geflohenen Menschen aus Syrien stellt die Aufnahmeländer vor große Belastungsproben. Besonders viele syrische Flüchtlinge sind in die Türkei geflohen: Seit Beginn des Krieges hat die Türkei mehr als 3,5 Millionen Syrerinnen und Syrer aufgenommen und bietet etwa 500.000 Menschen anderer Nationalität Zuflucht.

Die Türkei hat große Anstrengungen unternommen, um die Aufnahme der aus Syrien flüchtenden Menschen wirksam zu bewältigen. Während die Anfangszeit noch durch humanitäres Krisenmanagement geprägt war, so hat sich der Schwerpunkt inzwischen zu einem nachhaltigeren Integrationsansatz verlagert. Jedoch stellt der große Bedarf an umfassenden Integrationsangeboten die türkische Regierung vor Herausforderungen. Das öffentliche Dienstleistungssystem bedarf einer Anpassung an die neuen Erfordernisse. Für die türkische Regierung als auch die aufnehmenden Gemeinden bleibt die gesellschaftliche und wirtschaftliche Integration der Flüchtlinge auf absehbare Zeit eine komplizierte Aufgabe, die auch eine breite internationale Unterstützung erfordert.

SUPPORT TO REFUGEES AND HOST COMMUNITIES (SRHC) – Das Cluster der GIZ zur Unterstützung der Türkei bei der Flüchtlingsaufnahme und Integration

Zur Unterstützung der türkischen Regierungsinstitutionen und der aufnehmenden Gemeinden finanziert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eine Vielzahl von Projekten, die durch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) umgesetzt werden. Das Support to Refugees and Host Communities (SRHC) Cluster des GIZ Landesbüros koordiniert eine Reihe von Vorhaben in den Schwerpunktbereichen Beschäftigung, Bildung, und soziale Kohäsion und trägt zur Stärkung der Kapazitäten staatlicher Behörden und aufnehmender Gemeinden bei.

BESCHÄFTIGUNGSFÖRDERUNG

Die Projekte der GIZ zur Beschäftigungsförderung schaffen Perspektiven für bedürftige syrische und türkische Familien. Dabei unterstützt die GIZ durch enge Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Familie, Arbeit und Soziales, der Türkischen Arbeitsagentur sowie Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen die

Umsetzung der Beschäftigungspolitik. Die Maßnahmen adressieren die individuellen Bedürfnisse, Qualifikationen und Fähigkeiten der Zielgruppe und unterstützen die Teilnehmenden bei der Suche nach einer Beschäftigung im privaten und öffentlichen Sektor.

Das Vorhaben Cash for Work (2016 – 2019) vermittelte bereits über 25.000 Geflüchteten und arbeitssuchende Einheimische in temporäre Arbeit und unterstützte sie darüber hinaus finanziell sowie durch Sprachkurse, Trainings und Beratung, um ihren Zugang zum türkischen Arbeitsmarkt langfristig zu verbessern. In dem Projekt Technical and Vocational Training (TVET) and Labour Market Services (LMS) erhielten mehr als 52.000 Jugendliche und junge Erwachsene Zugang zu einer Aus- oder Fortbildung. Seit 2016 wurden im Rahmen der GIZ Vorhaben mehr als 46.000 geflüchtete Menschen zu ihren Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt oder Wegen in die Selbstständigkeit professionell beraten.

Darauf aufbauend ist aktuell das Projekt Promotion of Economic Perspectives for Refugees and Host Communities in Turkey (PEP) aktiv, welches in der Beschäftigungsförderung für syrische Geflüchtete und arbeitssuchende Einheimische besondere Maßnahmen für vulnerable Gruppen ergreift. So wird arbeitssuchenden Müttern der Zugang zu Kinderbetreuung ermöglicht. Sprachliche Förderung und interkulturelle Interaktion sind Bestandteil aller Maßnahmen und Trainings zur Beschäftigungsförderung.

BILDUNG

Die GIZ wirkte an der Umsetzung der Pläne des türkischen Bildungsministeriums mit, die Beschulung syrischer Kinder zu fördern und temporäre Bildungszentren sukzessive zu schließen. Dafür unterstützten die Vorhaben der GIZ die Einrichtung von 57 öffentlichen Schulen und Bildungszentren in der Türkei, nämlich durch den Bau von Klassenräumen, Sportanlagen sowie mit technischer Ausstattung. Von diesen Maßnahmen konnten mehr als 75.000 syrische und türkische Schülerinnen und Schüler profitieren. Durch Trainings für Lehrpersonal und die Bereitstellung von Lehrmaterial hat die GIZ außerdem zu einer Anpassung des Unterrichts an die besondere Situation beigetragen: Lehrerinnen und Lehrer wurden in interkulturellen Kompetenzen, inklusiven Lehrmethoden und der Vermittlung von Türkisch als Fremdsprache fortgebildet.

Das Vorhaben zur frühkindlichen Bildung – Early Childhood Education (ECE) unterstützt das Bildungsministerium bei der Umsetzung der nationalen Bildungspolitik im Vorschulbereich. Sie sieht die Schulpflicht für alle türkischen Kinder wie auch Flüchtlingskinder ab dem 5. Lebensjahr vor. Derweil unterstützen die Projekte PEP und Career Guidance and Social Cohesion (NEXUS) Syrerinnen und Syrer sowie Einheimische an der Schnittstelle von beruflicher Bildung und Beschäftigung. NEXUS fördert den Zugang Geflüchteter und anderer vulnerabler Gruppen zur formalen Ausbildung u.a. durch Beratungsangebote in Schulen und stärkt durch extra-curriculare Aktivitäten die soziale Kohäsion unter syrischen und türkischen Schülerinnen und Schülern.

SOZIALE KOHÄSION

Soziale Kohäsion in den aufnehmenden Gemeinden in der Türkei zu stärken, ist integraler Bestandteil aller Projekte des SRHC Clusters. Dem „Do-no-harm“ Prinzip folgend unterstützen die Vorhaben syrische Flüchtlinge und Menschen in den aufnehmenden Gemeinden gleichermaßen. Für eine dauerhafte Lösung der Flüchtlingsaufnahme ist es unerlässlich, sozialen Spannungen entgegenzuwirken. Die Vorhaben des SRHC Clusters brachten bereits 350.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei mehr als 20.000 sozialen Aktivitäten zusammen. Hierzu zählen interkulturelle Aktivitäten, Informationsveranstaltungen, Sport- und Freizeitveranstaltungen sowie Sprachkurse und Konversationsgruppen. Die Evaluierung dieser Maßnahmen zeigt, dass sie zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Geflüchteten beigetragen und die Interaktion zwischen Geflüchteten und Einheimischen gestärkt haben.

Gemeindezentren spielen dabei eine wichtige Rolle, um Angebote für Geflüchtete an einem Ort zu bündeln und einen sicheren Raum für interkulturelle Begegnungen zu schaffen. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen, welche einige der Gemeindezentren betreiben, leisten ergänzend zu den staatlichen Angeboten einen wichtigen Mehrwert zur sozialen Kohäsion in ihren Gemeinden. Das SRHC Cluster bietet kommunalen Zentren im Südosten der Türkei durch die Projekte Community Centers and Local Initiatives (CLIP) und Stärkung der Resilienz von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen, Rückkehrenden und aufnehmenden Gemeinden im Kontext der anhaltenden Krisen in Syrien und Irak (Qudra) technische Unterstützung an. In

den von der GIZ geförderten Zentren wurden bereits mehr als 318.000 Menschen beraten. Das Bildungsprojekt BilSy unterstützte darüber hinaus aktiv das freiwillige Engagement für Geflüchtete und bildete bereits mehr als 1200 Engagierte in der Flüchtlingshilfe in Trainings aus.

KAPAZITÄTSENTWICKLUNG

Partnerschaften auf Augenhöhe bilden den Kern der technischen Zusammenarbeit der GIZ. Entsprechend verfolgt das SRHC Cluster in der Türkei das Ziel, die Kapazitäten seiner türkischen Partnerinstitutionen zur eigenmächtigen Bewältigung der Herausforderungen von Flucht und Migration zu stärken. So wurden beispielsweise in Gemeindezentren, Schulen und Kommunen durch die Vorhaben GIZ mehr als 3.400 Personen in Workshops und Seminaren zu interkulturellen Vermittlerinnen und Vermittlern und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ausgebildet. Sie wurden in vielen praktischen Fähigkeiten weitergebildet, wie Projektmanagement, Personalmanagement, Fundraising und Konfliktlösung, um effektiv einen positiven Einfluss auf die Herausforderungen in ihrer Gemeinde nehmen zu können. Durch den im Rahmen des Projekts CLIP eingerichteten Fonds „Local Initiative Fund in Turkey“ (LIFT) werden außerdem gezielt lokale zivilgesellschaftliche Initiativen unterstützt, die mit ihren Angeboten die besonders vulnerablen Gruppen in ihren Gemeinden erreichen.

Neben der lokalen Unterstützung verfolgt das SRHC Cluster ebenso den Ansatz, die Kapazitäten der nationalen türkischen Behörden zur Integration syrischer Flüchtlinge durch internationalen Austausch und gezielten Wissenstransfer zu stärken. Das Deutsch-Türkische Austauschprojekt zur Integration syrischer Flüchtlinge in aufnehmende Gemeinden (EXP) bringt türkische und deutsche Institutionen auf politischer und umsetzungsbezogener Ebene durch verschiedene Austauschformate in einen fachlichen Austausch, um hinsichtlich der Aufnahme, Versorgung und Integration von Geflüchteten Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen. Ziel des Projekts ist es, die Kapazitäten türkischer Regierungsinstitutionen effektiv und bedarfsgerecht zu stärken. Um die Integration syrischer Flüchtlinge zu verbessern, sollen bestehende Strukturen des staatlichen Leistungssystems wirksam angepasst werden. Anschließend an eine Delegationsreise des türkischen Premierministeriums im Juni 2018 haben seitdem 23 fachspezifische Studienreisen, Konfe-

renzen und Fachtagungen stattgefunden, mit 920 Teilnehmenden von deutscher und türkischer Seite. Dabei steht nicht nur der fachliche Dialog zwischen Regierungsinstitutionen im Fokus, sondern auch der Austausch zwischen aufnehmenden Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Ein Highlight des Deutsch-Türkischen Austauschs war die Ausrichtung des ersten kommunalen Deutsch-Türkischen Migrationsforums im Juni 2019 in Berlin, dessen wertvoller Austausch über die lokale Integration von Geflüchteten in Städten und Gemeinden in den kommenden Jahren verstetigt werden soll.

2. BEWÄHRTE PRAKTIKEN TÜRKISCHER KOMMUNEN

A. INTEGRATION DER KOMMUNEN UND MIGRANTEN – VERBAND DER KOMMUNEN IN DER TÜRKEI (TBB)

Politische Turbulenzen, die 2011 in Syrien ausbrachen, entwickelten sich zu einem Bürgerkrieg und knapp 4 Millionen der 5,5 Millionen Syrer, die ihr Land verlassen mussten, flüchteten in unser Land. Die Türkei verfolgte von Anfang an aus rein menschlicher Besorgnis eine Politik der offenen Tür und bemühte sich, den grundlegenden Bedürfnissen der Syrer entgegenzukommen. Anschließend richtete sie Notunterkünfte ein, um die Flüchtlinge beim Überleben zu unterstützen. Diese Tatsache macht die Türkei weltweit zu dem Land, das die größte Anzahl der Flüchtlinge aufgenommen hat. Die außerordentlichen Bemühungen der türkischen Regierung und des türkischen Volkes für die syrischen Flüchtlinge werden von der ganzen Welt geschätzt.



95% der Syrer, die in unserem Land Zuflucht suchen, leben in Städten innerhalb der Gemeindegrenzen. Obwohl finanzielle Schwierigkeiten, das Sinken der Standards der städtischen Dienstleistungen und teure Stadtkosten lokale Beschwerden hervorgerufen haben, haben die Bemühungen unserer Kommunen für soziale Integration und die türkische Gastfreundlichkeit gegenüber den Flüchtlingen die Abwicklung des Prozesses erleichtert. Mit Ausnahme einiger einzelner Vorfälle, gab es bislang keine gravierenden Unannehmlichkeiten.

Gemeinden, die für die Erbringung städtischer Dienstleistungen zuständig sind, organisieren soziale, kulturelle und sportliche Aktivitäten, damit Einheimische und Syrer die Gelegenheit haben, zusammenzukommen, um die Integration der Syrer in der Stadt zu unterstützen. Um die gegenseitige Akzeptanz der beiden Völker zu erhöhen, und dafür zu sorgen, dass sie sich kennenlernen und verstehen, um den sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten und insbesondere um Frauen und Kinder mit verschiedenen

Aktivitäten zusammenzubringen, organisieren unsere Kommunen gemeinsame Sprach-, Hobby- und Berufskurse. Unsere Kommunen bereiten außerdem Broschüren und Bücher in türkischer und arabischer Sprache vor und organisieren kulturelle und künstlerische Aktivitäten, um das soziale Bewusstsein und die Aufklärung zu erhöhen und das Kennenlernen beider Kulturen zu fördern.

Einige Kommunen berücksichtigen in ihrer Integrationsarbeit durch Einwanderungs- und Integrationskommissionen und die von ihnen innerhalb der Stadt- räte eingerichteten Einwanderergremien die Bedürfnisse und Anforderungen der Migranten.



Einen der wichtigsten Pfeiler der Integrationsbemühungen stellt die Beschäftigungsfrage dar. Das Ministerium erteilt syrischen Flüchtlingen, die einen vorübergehenden Schutzausweis besitzen, Arbeitserlaubnis. Doch die Syrer arbeiten hauptsächlich informell in der Landwirtschaft, in der Produktion, im Dienstleistungssektor und in den Industriebranchen. Die Kommunen organisieren Ausbildungskurse, um die Beschäftigungsfähigkeit der Syrer zu fördern. Die Syrer werden vor allem im Rahmen der Programme von ISKUR und "cash for work" die durch Kommunen organisiert werden, vorübergehend beschäf-



tigt (Park- und Gartenarbeiten, Schulrenovierungen usw).

In unserem Land ist für berufliche Ausbildung und Arbeitsvermittlung im Allgemeinen die Institution ISKUR zuständig, die Kommunen spielen ausschließlich eine ergänzende Rolle.

Es wird beobachtet, dass sich syrische Asylsuchende in der Türkei aus wirtschaftlichen Gründen in Orten und Städten mit hohen Beschäftigungsmöglichkeiten niederlassen. Meistens siedeln sich eine oder mehrere Familien in einer Gegend an, um Arbeit zu suchen und ihre Verwandten ziehen dann nach. Man versuchte in den letzten Jahren diese Mobilität durch den Zugang zu staatlichen Diensten in der registrierten Provinz unter Kontrolle zu halten. Diese Situation ist ein Faktor, der die Integrationsbemühungen erschwert.

Nachdem sich syrische Migranten in anderen Provinzen angesiedelt haben, haben sie auch angefangen von den dortigen städtischen Dienstleistungen zu profitieren. Dies belastet die Kommunen in Bezug auf finanzielle Leistungsfähigkeit sowie Humanressourcen und führt zu einer signifikanten Steigerung der Anforderungen an kommunale Dienstleistungen wie in der Sammlung und Entsorgung fester Abfälle, Pflege von Gärten und Grünflächen, Trinkwasser, Abwasser und Sozialhilfe. Viele Kommunen versuchen über die Aufnahmekapazität ihrer Stadt hinaus, Dienstleistungen zu erbringen. Unsere Kommunen sind bestrebt, diese Dienstleistungen zu erbringen, ohne für die Migrantenbevölkerung einen zusätzlichen Fond aus dem zentralen Haushalt zu beziehen. Als TBB (Verband der Türkischen Gemeinden) haben wir durch einige Untersuchungen festgestellt, dass ein hoher Bedarf an Infrastrukturinvestitionen besteht und der Beitrag internationaler Geber für soziale Projekte aktuell weit unter den Anforderungen liegt.

Unsere Gemeinden haben versucht, die irreguläre Migration seit 2011 durch Unterstützung der staatlichen und internationalen Behörden und besonders durch ihre institutionellen Kapazitäten zu bewältigen. Sie spielten insbesondere eine wichtige Rolle bei der Beseitigung der negativen Folgen der irregulären Migration durch humanitäre Hilfe (Unterkunft, Lebensmittel, Schreibwaren, Haushaltswaren, Reinigung, Gesundheitsleistungen usw.) und andere Dienste. Um die Koordination und Zusammenarbeit mit den örtlichen Ämtern der zentralen Verwaltungskörperschaften, Nichtregierungsorganisationen und



internationalen Dienstleistungsstellen sicherzustellen, haben unsere Kommunen „Kommunale Migrationszentren“ gegründet. Durch diese Zentren wurde der Zugang von Migranten zu Dienstleistungen erleichtert. Unsere Gemeinden sind zwar angesichts der Flüchtlingskrise bestrebt, ihren Pflichten nachzukommen, doch der Mangel an Fachpersonal und unzureichende finanzielle Mittel beeinträchtigen leider die Nachhaltigkeit dieser Dienstleistungen. In Anbetracht dessen, dass 95% der syrischen Flüchtlinge städtische Flüchtlinge sind, gewinnt die Integration der von der Krise direkt betroffenen Kommunalverwaltungen noch mehr an Bedeutung. An diesem Punkt ist die Unterstützung durch andere internationale Institutionen und Organisationen, insbesondere der EU, von entscheidender Bedeutung.

2. BEWÄHRTE PRAKTIKEN TÜRKISCHER KOMMUNEN

B. HILFE- UND SOLIDARITÄTSVERBAND FÜR FLÜCHTLINGE UND MIGRANTEN – SULTANBEYLI

Der Hilfe- und Solidaritätsverband für Flüchtlinge und Migranten erbringt seit 2014 im Bezirk Sultanbeyli der Stadt Istanbul Dienstleistungen für Syrer und Flüchtlinge, die unter temporärem Schutz stehen. Der Verband ist eine der Einrichtungen, die umfassende Dienstleistungen im diesem Bereich erbringen. Die Aufgabe des Flüchtlingsverbandes ist es, den rechtlichen, sozioökonomischen und psychosozialen Bedürfnissen der Flüchtlinge und Migranten wirksam und vielfältig zu begegnen, um die soziale Integration von Flüchtlingen und Migranten gemäß dem humanitären Völkerrecht zu gewährleisten. Der Flüchtlingsverband hat seit seiner Gründung viele internationale und lokale Projekte erfolgreich umgesetzt. Der Flüchtlingsverband hat an zahlreichen Projekten von nationalen und internationalen NGOs, sowie verschiedenen öffentlichen und privaten Organisationen teilgenommen, wie z.B. Vereinte Nationen (UN), UNHCR, Europäische Union, Welthungerhilfe, Handicap, Hanan, Relief International, Sequa, GIZ, United Work, International Blue Crescent u.v.m. Darüber hinaus führt er noch viele Projekte in Zusammenarbeit mit lokalen öffentlichen Institutionen und Organisationen durch. Dienstleistungen, die durch den Flüchtlingsverband durchgeführt werden, der umfangreiche Erfahrungen in Bereichen Projektmanagement, interinstitutionelle Beziehungen und Nachhaltigkeit besitzt, sind: Migrationsgesundheitszentrum, Schutz-, Arbeits- und Berufsberatung, Abteilung für soziale Kohäsion, Rechtsberatung, sozialwirtschaftliche Unterstützung, Kinder- und Jugendzentrum, Callcenter, SUKOM-Datenbank, Solidaritätszentrum für Frauen, humanitäre Hilfe, kinderfreundliche Zimmer, Sprachkurse, Flüchtlingsgemeinschaften, Berufsausbildung, Hobbykurse, Rehabilitations- und psychologisches Unterstützungszentrum und Verwaltungsbüros.

SUKOM – EINE DATENBANK ZUR BEREITSTELLUNG EFFEKTIVERER DIENSTLEISTUNGEN

Der Flüchtlingsverband führt alle Aktivitäten über die Online-Datenbank SUKOM durch. SUKOM ist eine Software, die durch den Flüchtlingsverband entwickelt wurde, um das Problem der Registrierung der Flüchtlinge landesweit zu lösen, deren Nachverfolgungen zu erleichtern, Bedürfnisse festzustellen und sicherzustellen, dass ihre Bedürfnisse von einem Zentrum aus erfüllt und verfolgt werden können. Diese Datenbank enthält ungefähr 27.000 Flüchtlinge. SUKOM erfüllt Aufgaben wie Nachverfolgungen der Geschäfte, Vermeidung wiederholter Hilfen,



Identifizierung von Bedarfsbereichen und Berichterstattung. SUKOM ist eine benutzerfreundliche Software, die es sowohl den Mitarbeiter*innen als auch dem Ratsuchenden ermöglicht, den Arbeitsprozess zu beschleunigen und die Auftragsverfolgung zu vereinfachen. Der Flüchtlingsverband dient nicht nur Flüchtlingen in Sultanbeyli, sondern auch den Flüchtlingen aus den umliegenden Bezirken und Provinzen und führt Aufzeichnungen über diese im System. Der Flüchtlingsverband, der ein breites Spektrum an Dienstleistungen anbietet, legt großen Wert darauf, den Begünstigten in Bezug auf jede Aktivität ganzheitlich zu bewerten und ihn entsprechend seiner Bedürfnisse intern an die richtigen Stellen weiterzuleiten.

AUFKLÄRUNG & INFORMATION – SOZIALE KOHÄSION STÄRKEN

Ein weiterer Arbeitsbereich, auf das sich der Flüchtlingsverband mit Sensibilität konzentriert, ist die soziale Kohäsion. Soziale Kohäsion bedeutet, die Gewährleistung eines vorurteilsfreien Zusammenlebens der Bevölkerung mit der Flüchtlingsgemeinschaft durch Stärkung der soziokulturellen Aspekte über die grundlegende Menschenrechtsperspektive hinaus. Zur sozialen Integration dienen Informations- und Aufklärungskampagnen, die eine Massenwirkung erzielen, indem alle Parteien in den Prozess der sozialen Integration einbezogen werden. Außerdem werden Wahrnehmungsstudien zur Information der Öffentlichkeit durchgeführt.

- Aktivitäten zur sozialen Integration
- Aktivitäten zur Orientierung/zum Bewusstsein
- Kultur- und Kunstaktivitäten
- Workshops
- Sportliche Aktivitäten

- Ausflüge
- Private Organisationen
- Feldforschung
- Studien für Kinder
- Studien für Frauen
- Schulungen zur Verbreitung der so. Integration
- Flüchtlingsgemeinschaft
- Gespräche für die soziale Kohäsion
- Seminare und Interviews



SCHUTZ FÜR BESONDERS VULNERABLE PERSONEN

Im Zentrum ganzheitlicher Dienstleistungen steht der Schutz. Der Schutz umfasst Informationen und Anleitungen zu den Bedürfnissen von Personen, um bestimmte Sensibilitätsituationen zu identifizieren, das Sensibilitätsniveau zu minimieren, die Kapazität zu erhöhen und Situationen zu lindern, die eine Gefahr oder ein Risiko darstellen können. Dies ist ein gegenseitiger Vorgang und wird gemäß den Wünschen und der Zustimmung des Individuums durchgeführt. Personen, die unter internationalem und vorübergehendem Schutz stehen oder Asylbewerbende, die noch nicht aufgenommen wurden, können sich beim Flüchtlingsverband melden. Jedem, der sich meldet, wird unabhängig von Sprache, Religion, Rasse, Geschlecht, Herkunft und politischer Meinung ein Beratungsdienst angeboten. Unsere Schutzabteilung bietet Dienstleistungen mit Sozialarbeitern, Rechtsanwälten, Sozialfachkräften, Außendienstmitarbeitern, Schutzfachkräften, Kinderschutzfachkräften und erfahrenen Übersetzern an. Sämtliche Sensibilitäten, die durch die Schutzabteilung festgestellt werden, werden an die zuständigen Stellen des Gemeinschaftszentrums weitergeleitet.



Einsicht auf sämtliche
Dienstleistungen des
Flüchtlingsverbandes
erhalten sie über:
<https://multeciler.org.tr/>

2. BEWÄHRTE PRAKTIKEN TÜRKISCHER KOMMUNEN

C. FLÜCHTLINGSHILFE IN MERSIN

Menschen, die von Umweltkatastrophen, Klimaereignissen und Kriegen betroffen sind, suchen nach Hilfe, um sich vor den verheerenden Auswirkungen dieser Ereignisse schützen und befreien zu können und verlassen dazu sogar Heim und Heimat.

Eine solche Katastrophe ereignete sich im Jahr 1999, in der Nacht vom 16. zum 17. August bei dem Erdbeben mit einer Stärke von 7.4 in Gölçük. Die Türkei war leider sehr unvorbereitet für so eine große Katastrophe, so dass hohe Menschen- und Sachverluste verzeichnet wurden. Natürlich hat man aus diesem Erdbeben Lehren gezogen und landesweit wurden vielfältige Anstrengungen unternommen, um eine mögliche ähnliche Katastrophe in der Zukunft mit möglichst geringen Schäden zu begegnen. Alle möglichen behördlichen und physischen Maßnahmen wurden getroffen und die Türkei wurde für die nächsten 10 Jahre zumindest hinsichtlich Materialbeschaffung und Organisation in Bereitschaft gebracht.

Trotz aller Vorbereitungen kam es bisher nicht zum befürchteten Erdbeben eines Ausmaßes vergleichbar mit dem von 1999, sondern zu einer anderen Herausforderung nämlich den Flüchtlingen aus Syrien. Bis zu 4 Millionen syrische Migranten, die vor widrigen Kriegsbedingungen in ihrem Land geflüchtet sind, suchten innerhalb sehr kurzer Zeit Zuflucht in den Provinzen der Nähe der türkischen Grenze. Dank einer enormen Katastrophenvorsorge baute die Türkei, mit der Hoffnung und mit dem Gedanken, dass sich die Krise in Kürze lösen wird, in sehr kurzer Zeit Flüchtlingslager mit sehr guten Konditionen auf.

Während die Flüchtlinge untergebracht wurden, fand der Krieg in Syrien leider kein Ende und die Flüchtlinge begannen allmählich nach Lösungen außerhalb des Flüchtlingslagers zu suchen, um ihr Leben fortzusetzen zu können. Sie begannen sich in den Provinzen zu verbreiten in erster Linie jedoch zog es viele nach Istanbul. Auch die Provinz Mersin ist von der Zuwanderung stark betroffen. Fast 300.000 syrische Migranten leben in der Provinz. Mersin ist eine Provinz, die versucht, die sozialen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Migration zu bewältigen. Die Stadt- und Bezirksgemeinden von Mersin bieten den Flüchtlingen ohne Diskriminierung alle möglichen Dienstleistungen an.



Die bereitgestellten Mittel, die die Kommunalverwaltungen von der Zentralverwaltung beziehen, berücksichtigen diese Bevölkerungsgruppe nicht, da Leistungen nur für die registrierte Bevölkerung bestimmt sind. Dieser Zustand sollte so schnell wie möglich verbessert werden, und die Mittel für Provinzen, die von Zuwanderung betroffen sind, sollten unter Rücksicht auf die Zuwandererbevolkerung berechnet werden. In die Fonds aus der Europäischen Union sollten Infrastruktur-, Sozial-, Kultur- und Bildungsprojekte, die von Gemeinden zur Verfügung gestellt werden, unbedingt mit einbezogen werden.

Eines der wichtigsten Themen im letzten halben Jahrhundert in der ganzen Welt und vor allem in der Türkei ist zweifellos das Problem der Migration. Sie wirkt sich auf Leben der Gesellschaft aus und wird sich auch in Zukunft weiterhin auswirken. Mit der Hoffnung, dass in Syrien früher oder später wieder Frieden herrscht, sollte dafür gesorgt werden, dass diese Menschen eine aktive Rolle beim Wiederaufbau ihres Landes spielen werden. Zu diesem Zweck sollten alle vorhersehbaren Maßnahmen ergriffen werden. Für eine bessere Integration von Flüchtlingen in die öffentlichen Dienste und in das städtische Leben sollten strategische Prioritäten bestimmt und Projekte entwickelt werden, sämtliche Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau sollten überprüft und technische Unterstützung für die Umsetzungen bereitgestellt werden. Darüber hinaus sollten Maßnahmen für Qualifizierungs- und Schulungsaktivitäten in dieser Richtung getroffen werden. Insbesondere sollten Berufsausbildungskurse organisiert werden, damit jungen Menschen während dieses Wiederaufbauprozesses auf kurzem Wege einen Arbeitsplatz finden können. Das Deutsch-Türkische Migrationsforum mit dem Thema „Gemeinden und Nichtregierungsorganisationen als Partner bei der Integration von Flüchtlingen“ von der GIZ, das am 24.-28. Juni 2019 in Berlin stattgefunden hat, ist einer der wichtigsten und vorbildlichsten Schritte zu diesem Thema. Viele Angelegenheiten, die in diesem Forum diskutiert wurden, beruhten auf gemeinsamen Erfahrungen aus der Praxis. Dieses Forum war für uns sehr nützlich und wir regen an, dies in Zukunft in einem noch größeren Rahmen fortzusetzen.

2. BEWÄHRTE PRAKTIKEN TÜRKISCHER KOMMUNEN

D. VIelfALT UND TEILHABE – DIE INTEGRATION GEFLÜCHTETER IM ISTANBULER STADTBEZIRK ŞİŞLİ

Şişli ist ein Bezirk mit 25 Ortsteilen, der im Jahre 1984 auf der europäischen Seite von Istanbul gegründet wurde. Şişli ist ein multikultureller Bezirk, in dem Gemeinschaften mit unterschiedlichen Kulturen und Glaubensrichtungen leben. Die Stadtverwaltung Şişli, die im Bewusstsein dieser multikulturellen sozialen Struktur handelt, stellt ihre öffentlichen Leistungen nach dem Prinzip „gleiche Dienste für gleichberechtigte Bürger“ allen Schichten der Gesellschaft kostenlos zur Verfügung. Durch die Stadträte (Kent Konseyleri) wird es den ansässigen NGOs und allen anderen Bürgern ermöglicht, an den Entscheidungsprozessen innerhalb des Bezirkes teilzuhaben. Die Stadtverwaltung von Şişli ist sich bewusst, dass die Ermöglichung der aktiven Teilnahme der innerhalb der Grenzen des Bezirks lebenden Bürger an den Entscheidungsprozessen der Kommunen ein wichtiger Bestandteil der Demokratie ist und gründete deshalb im Rahmen der Stadträte die Flüchtlingsräte (Mülteci Meclisleri). Diese Flüchtlingsräte dienen dem Zweck, einen Mechanismus zu bilden, in dem Syrer, Iraner, Afrikaner und andere Migranten und Flüchtlinge, die innerhalb der Grenzen des Bezirkes leben, ihre eigenen Probleme diskutieren und ihre Bedürfnisse durch den Austausch artikulieren können. Die innerhalb der Grenzen des Bezirks Şişli lebenden Minderheiten (Aramäer, Armenier, Juden usw.) und Migranten wie Iraker, Pakistani und Syrer können, ob registriert oder nicht, Arbeit finden und dadurch ihren Lebensunterhalt verdienen. Außerdem können in kultureller Hinsicht alle Gruppen ihre religiösen Feste und andere kulturellen Rituale frei ausleben. Dass sich in Şişli religiöse Einrichtungen wie Synagogen, Kirchen, Moscheen und Cem Evi (alevitisches Gotteshaus) befinden, ist ein wichtiges Zeichen für diese Vielfalt und Gemeinschaft.

ZUSAMMENARBEIT MIT DEN NGOS ZUR UNTERSTÜTZUNG DER MIGRANTEN

In der 81 Provinzen der Türkei befinden sich 30 Großstädte. Istanbul hat einen von der Zentralverwaltung eingesetzten Gouverneur und einen Bürgermeister, der alle 5 Jahre gewählt wird. Bei der Setzung von Prioritäten in den Arbeitsbereichen spielen die lokalen Bedürfnisse, aber auch die Interessen der Bürgermeister für verschiedene Themen eine große Rolle. Unsere Kommune hat in diesem Rahmen unter dem Direktorat für Soziale Unterstützungsdienste eine Migrationseinheit gegründet und außerdem in Zusammenarbeit mit den NGOs das Projekt Solidaritäts- und Unterstützungszentrale für Migranten verwirk-

licht. Die Stadtverwaltung Şişli legt als lokale Verwaltung großen Wert auf die Zusammenarbeit mit den NGOs und ist in diesem Rahmen umfassend aktiv. Gemeinsam mit dem Verein zur Unterstützung der Migranten (Göçmen Dayanışma Derneği) arbeitet sie daran, den in Istanbul lebenden Syrern den Zugang zu den von der Zentralverwaltung und den Kommunalverwaltungen zur Verfügung gestellten öffentlichen Dienstleistungen zu erleichtern. Um die Probleme bei Ausübung dieser Grundrechte – z.B. beim Zugang zu Gesundheit und Ausbildung – zu beseitigen, wurde im Jahre 2015 ein Informations- und Unterstützungszentrum für Migranten gegründet, welches seitdem in unserem Bezirk tätig ist.

HERAUSFORDERUNGEN URBANER VERWALTUNGSKOORDINATION UND VERLÄSSLICHER DATEN

Dass es in Bezug auf die Lösung der Migrationsfrage bis jetzt zwischen den Kommunen noch keine koordinierte Arbeitsweise gibt, ist eine der größten Schwierigkeiten, welche es zu überwinden gilt. Für eine Lösung ist es von großer Bedeutung, dass ein System aufgebaut wird, das die Koordination zwischen der Großstadtverwaltung Istanbul und den Bezirksverwaltungen gewährleistet. Da bis heute die Daten der Migranten und Flüchtlinge durch die Einrichtungen der Zentralverwaltung erfasst werden und auch wegen des Datenschutzgesetzes, ist es für die Bezirksverwaltung Şişli nicht möglich, die genaue Anzahl der registrierten Migranten und Flüchtlinge in ihrem Bezirk festzustellen. Allerdings wird angenommen, dass eine große Anzahl von nicht in Istanbul registrierten Migranten und Flüchtlingen in Istanbul lebt und, dass die Anzahl dieser Personen weit über die offiziellen Zahlen hinausgeht. Die Migrantendichte in Istanbul ist im Vergleich zu vielen anderen Städten relativ gering. Die Syrer machen 3,46% der Bevölkerung aus.

Anhand der inoffiziellen Daten der Migrationsverwaltung des Bezirks von 2018 ist bekannt, dass sich in Şişli ca. 8000 syrische Flüchtlinge befinden, die den Status des vorübergehenden Schutzes (Status of Temporary Protection) haben. Es ist bekannt, dass im Bezirk Şişli die meisten Migranten und Flüchtlinge in dem Ortsteil Mahmut Şevket Paşa, und gleich danach in anderen Ortsteilen wie Feriköy und Kuştepe leben. Diese Ortsteile werden wegen den niedrigen Mieten, der Erreichbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel, der zentralen Lage und wegen der Nähe zu den

Arbeitsplätzen, sowie den verschiedenen Arbeitsmöglichkeiten auf lokaler Ebene bevorzugt. Die Flüchtlinge werden hauptsächlich im Bereich Textilindustrie beschäftigt. Danach kommen die Sektoren Bau und Dienstleistungen.

Das Projekt "Stabilität in den lokalen Verwaltungen" (RESLOG-Türkei), welches von der Stadtverwaltung Şişli in Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Stadtverwaltungen in der Marmara-Region, dem Städtebund der Türkei (TBB), der Vereinigung der Stadtverwaltungen in der Çukurova-Region (ÇBB) und dem Schwedischen Verband der Gemeinden und Regionen (SKL) durchgeführt wird, hat die Unterstützung für eine Verbesserung des Migrationsmanagements der lokalen Verwaltungen

zum Ziel. Die Stadtverwaltung Şişli führt ebenfalls Tätigkeiten im Rahmen der Zusammenarbeit mit der World Academy for Local Government and Democracy (WALD) durch. In diesem Kontext hat die Stadtverwaltung Şişli mit der Eröffnung eines Bürgerzentrums im Ortsteil Mahmut Şevket Paşa, in dem ein hoher Anteil an Flüchtlingen lebt, ihre Tätigkeit in sozialer Anpassung intensiviert. In diesem Bürgerzentrum befinden sich Psychologen, Anwälte, Soziologen und Dolmetscher und hier werden in erster Linie psychosoziale und rechtliche Dienstleistungen erbracht. Die Stadtverwaltung Şişli unterstreicht die Bedeutung der sozialen Kommunalarbeit und menschenrechtlich orientierter Dienstleistungen und bietet entsprechende Inhalte und Beratungsdienstleistungen an.



SCHLUSSWORT

INTEGRATION GEFLÜCHTETER – EINE HERAUSFORDERUNG, ZWEI LÄNDER, VIEL POTENTIAL

In den vergangenen Jahren haben Kommunen in der Türkei und in Deutschland eine Vielzahl vergleichbarer Erfahrungen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten gesammelt. Kommunen in beiden Ländern eint das Bestreben, die Rahmenbedingungen für ein harmonisches Zusammenleben in den Aufnahmegemeinden nachhaltig zu stärken. Integration und soziale Kohäsion werden hierbei als zentrale Bausteine kommunalen Handelns aufgefasst. Insbesondere stehen dabei gleichermaßen Geflüchtete, sowie auch andere vulnerable Gruppen in den aufnehmenden Gemeinden im Fokus. Für die im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) handelnde Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), spielt dieser Zusammenhang bei der Umsetzung von Projekten in der Türkei eine entscheidende Rolle.

KOMMUNALES POTENTIAL UNTERSTÜTZEN UND UMSETZEN

In zahlreichen türkischen Städten unterstützt die GIZ deshalb eine Vielzahl kommunaler Akteure, um Integration wirksam und nachhaltig zu gestalten. Hierbei werden Kommunen als zentraler Ort verstanden, an dem Integration stattfindet: Geflüchtete finden ein neues Zuhause, schließen erste Kontakte zu Einheimischen, lernen die Sprache des Aufnahmelandes und damit häufig auch den lokalen Dialekt. Sie finden ihre erste Arbeitsstelle in der Region und ihre Kinder besuchen die lokalen Schulen. Geflüchtete werden Teil der Aufnahme Gemeinde und die Kommunen die wesentlichen Akteure erfolgreicher Integration und friedlicher Zusammen- und Miteinanderleben zwischen Einheimischen und Zugewanderten.

Mittels des BMZ finanzierten Projekt-Clusters zur Unterstützung von Geflüchteten und aufnehmenden Gemeinden (SRHC) setzt die GIZ breitenwirksame Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Beschäftigungsförderung, sozialer Kohäsion sowie Kapazitätsentwicklung um. Sei es die Verbesserung von Basisdienstleistungen über Gemeinschaftszentren, die Förderung wirtschaftlicher Perspektiven oder Maßnahmen in frühkindlicher und beruflicher Bildung: Das Portfolio der GIZ bündelt eine Vielzahl an Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Geflüchtete sowie vulnerable Gruppen und schafft landesweit Orte der Begegnung zwischen Einheimischen und Geflüchteten. Die Zusammenarbeit mit Kommunen und das Knowhow ihrer Akteure hat hierbei eine Schlüsselfunktion.

DIE BEDEUTUNG INTER-KOMMUNALEN AUSTAUSCHES FÜR NACHHALTIGE INTEGRATION

Für eine nachhaltige Integration ist es deshalb zentral, das Potential des internationalen Erfahrungsaustausches zwischen Aufnahmegemeinden weiter zu entfalten. Der kommunale Dialog liefert wichtige Impulse, um die Integration von Geflüchteten wirksam und nachhaltig zu gestalten.

Gerade wenn Aufnahmeland wie die Türkei von großen Fluchtbewegungen getroffen werden, sind Beiträge der internationalen Gemeinschaft wichtig, um insbesondere die Bemühungen von aufnehmenden Gemeinden nachhaltig zu unterstützen. Kontinuierliche Dialogprozesse und Austauschformate zeigen, dass für eine wirksame und nachhaltige Umsetzung integrativer Maßnahmen der Austausch über Erfahrungen und Praktiken überaus wertvoll ist.

Die GIZ bleibt hierbei ein verlässlicher Partner, welche den Dialog zwischen kommunalen Institutionen unterstützt sowie den bilateralen Austausch zum Themennexus Flucht, Migration und Integration zwischen der Türkei und Deutschland auch in Zukunft fördert.



© GIZ/Büro Ankara

Rubeena Esmail

Landesdirektorin Türkei

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit

BISHER IN DIESER REIHE ERSCHIENEN

No. 153	Kommunen gestalten Ernährung – Neue Handlungsfelder nachhaltiger Stadtentwicklung	1/2020
No. 152	Einsatz von Gasbussen im ÖPNV – Ein Beitrag zum Klimaschutz und zur Luftreinhaltung	9/2019
No. 151	EU-Beihilfenrecht in der kommunalen Praxis	6/2019
No. 150	Vielfalt leben – Anregungen und Praxisbeispiele für das Älterwerden und Teilhaben im Quartier	3/2019
No. 149	Wasser in der Stadt – Planungsinstrumente, Risikomanagementsysteme und Entwicklungskonzepte aus der BMBF-Fördermaßnahme ReWaM	1/2019
No. 148	Mobilfunk – Gestern-Heute-Morgen	6/2018
No. 147	Bezahlbaren Wohnraum schaffen – Kommunale Instrumente der Baulandmobilisierung	3/2018
No. 146	Genossenschaften und Kommunen – Erfolgreiche Partnerschaften	1/2018
No. 145	Elektromobilität bei kommunalen Nutzfahrzeugen – Einsatzfelder, Anwendungsbeispiele und vergaberechtliche Anforderungen	11/2017
No. 144	Auslaufende Konzessionsverträge – Ein Leitfaden für die kommunale Praxis – 3. Auflage	10/2017
No. 143	Kommunale Beleuchtung – wirtschaftliche, technische und rechtliche Rahmenbedingungen	9/2017
No. 142	Perspektiven des Breitbandausbaus – Ziele, Strategie, Technik	6/2017
No. 141	Veranstaltungen sicher machen – Kultur und Freizeit vor Ort schützen	6/2017
No. 140	WIR schaffen das! KOMMUNEN gestalten Integration Rahmenbedingungen verbessern, Überforderung vermeiden Bilanz 2016 und Ausblick 2017 der deutschen Städte und Gemeinden	1/2017
No. 139	Wasser, Abwasser, Energie – Übergreifende Lösungen und Modell vorhaben zur Integration der Infrastrukturen	11/2016
No. 138	Bundeswehr und Kommunen	11/2016
No. 137	Förderung des Radverkehrs in Städten und Gemeinden Neuaufgabe 2016	6/2016
No. 136	Deutschland umbauen: Reformen umsetzen, Integration gestalten – Bilanz 2015 und Ausblick 2016 der deutschen Städte und Gemeinden	1-2/2016
No. 135	Kommunale Entwicklungszusammenarbeit	12/2015
No. 134	Szenario-Management für Städte und Gemeinden Leitfaden und Anwendungsbeispiele	11-12/2015
No. 133	Starkregen und Hitzewellen: Die Stadt im Klimawandel fordert die kommunale Wasserwirtschaft heraus	11-12/2015

Diese und frühere Dokumentationen stehen im Internet unter
www.dstgb.de > Publikationen zum Download zur Verfügung.



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund
www.dstgb.de

Marienstraße 6 · 12207 Berlin
Telefon 030 77307-0
Telefax 030 77307-200
dstgb@dstgb.de
www.dstgb.de